

Boss, Alfred et al.

Article — Digitized Version

Exportlastige Konjunkturerholung in Deutschland

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Boss, Alfred et al. (2005) : Exportlastige Konjunkturerholung in Deutschland, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 3, pp. 288-320

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/3723>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Vorabdruck aus

Die Weltwirtschaft 2005, Heft 3

Vierteljahresschrift des Instituts für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel

Herausgegeben von Dennis Snower

Exportlastige Konjunkturerholung in Deutschland

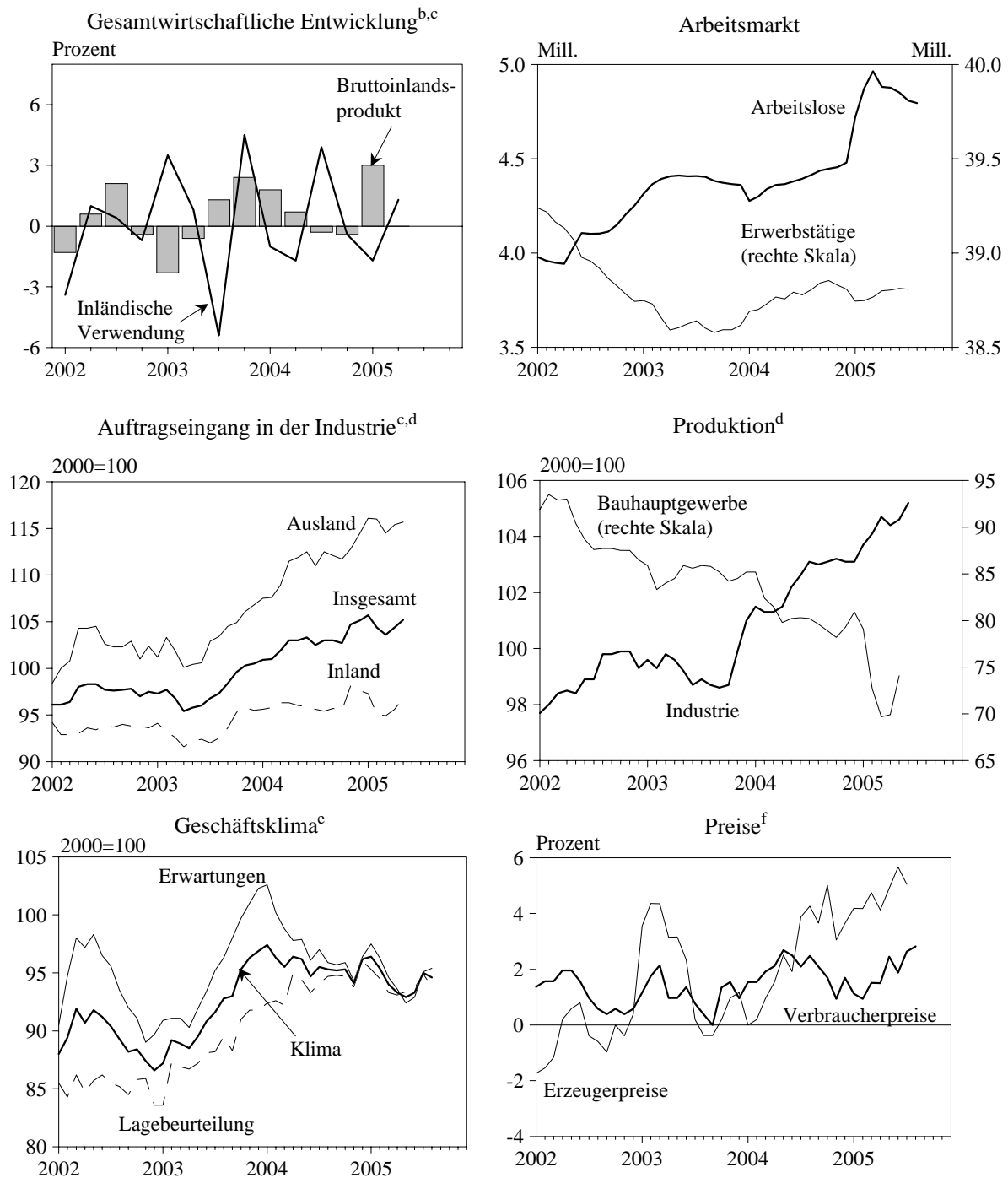
Von Alfred Boss, Nils Jannsen, Carsten-Patrick Meier, Frank Oskamp, Birgit Sander und Joachim Scheide

Die deutsche Wirtschaft befindet sich erneut in einer Konjunkturflaute. Nach einem durchaus spürbaren Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts im Winterhalbjahr 2004/2005 ergab sich im zweiten Quartal saison- und kalenderbereinigt nur mehr eine Stagnation (Abbildung 1). Allerdings dürfte die tatsächliche Entwicklung durch Probleme bei der Kalenderbereinigung etwas unterzeichnet werden (Boss et al. 2005); aus dem gleichen Grund ist wohl das erste Quartal zu kräftig und das Schlussquartal des vergangenen Jahres zu schwach ausgewiesen. Unabhängig von diesen statistischen Einflüssen hat die gesamtwirtschaftliche Produktion seit dem zweiten Quartal 2004 um nur 0,6 Prozent zugenommen und damit etwa halb so schnell wie das Produktionspotential. Maßgeblich für die Entwicklung im zweiten Quartal 2005 war, dass der Außenbeitrag infolge einer geringeren Zunahme der Ausfuhr bei gleichzeitig deutlich anziehenden Einfuhren rückläufig war. Darüber hinaus nahmen die privaten Konsumausgaben und die Unternehmensinvestitionen weiter ab.

Für das dritte Quartal zeigen die Frühindikatoren einen leichten Anstieg des Bruttoinlandsprodukts an. Das Geschäftsklima verschlechterte sich zwar im August geringfügig, im Juni und vor allem im Juli hatte es sich aber deutlich verbessert. Die Industrieproduktion und die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe sind im Juni gestiegen.

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich etwas verbessert. Die registrierte Arbeitslosigkeit ist im August weiter gesunken, doch dürfte dies zum Teil auf den Einsatz arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen zurückzuführen sein. Die Arbeitslosenquote lag bei 11,6 Prozent. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist trotz der flauen Konjunktur zuletzt kaum noch zurückgegangen; ein Grund hierfür dürfte der anhaltend moderate Lohnanstieg sein. Der Verbraucherpreisanstieg wird weiter von der Entwicklung der Energiekosten geprägt. Die Inflationsrate stieg im August auf 1,9 Prozent. Ohne Energie gerechnet betrug sie im Juli weiter nur etwa 1 Prozent.

Abbildung 1:
Indikatoren^a zur Konjunktur in Deutschland 2002–2005



^aSaisonbereinigt. — ^bVeränderung gegenüber dem Vorquartal, laufende Jahresrate in Prozent. — ^cReal. — ^dGleitender Dreimonatsdurchschnitt. — ^eGewerbliche Wirtschaft. — ^fVeränderung in den vergangenen sechs Monaten auf Jahresrate hochgerechnet.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); ifo (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Mit dem nochmaligen Preissprung beim Rohöl – in der Spitze lagen die Notierungen Ende August bei über 70 Dollar – haben sich die Aussichten für die deutsche Konjunktur verschlechtert. Für die Prognose unterstellen wir, dass der Ölpreis bis Ende 2006 in der Nähe des Durchschnitts des Wertes für den August liegen wird, der Ölpreis ist für das nächste Jahr 30 Prozent höher angesetzt als noch vor drei Monaten. Damit verbunden ist eine Verschlechterung der Terms of Trade im laufenden und im folgenden Jahr um jeweils etwa 1 Prozent; dies ist eine Größenordnung, die etwa jener des Jahres 2000 entspricht. Die Dämpfung der Konjunktur dürfte freilich deutlich geringer sein als dieser Impuls, da gegenwärtig eine Reihe von Faktoren stabilisierend auf die Konjunktur wirken. Insbesondere dürfte die Auslandsnachfrage kräftiger expandieren als bisher prognostiziert, was auch auf das „Recycling“ von Öleinnahmen durch die Förderländer sowie auf den anhaltenden Boom in China, der seinerseits wesentlich für den Ölpreisanstieg verantwortlich ist, zurückzuführen ist (vgl. auch Benner et al. 2005b). Die Binnennachfrage wird dagegen im kommenden Winterhalbjahr schwächer zunehmen als bisher erwartet, auch wenn die niedrigeren Zinsen tendenziell stimulierend wirken. Alles in allem haben wir aus den genannten Gründen die Prognose für das kommende Jahr um 0,3 Prozentpunkte reduziert.

Wirtschaftspolitik nach der Wahl: Was ist zu erwarten?

Am 18. September 2005 wird ein neuer Bundestag gewählt. Umfragen zufolge ist es gegenwärtig (Anfang September) am wahrscheinlichsten, dass die nächste Bundesregierung von einer Koalition aus CDU/CSU und FDP gestellt wird. Etwas weniger wahrscheinlich ist es, dass es zu einer großen Koalition aus CDU/CSU und SPD kommt. Ein Fortbestand der derzeitigen Regierungskoalition ist dagegen wenig wahrscheinlich. Der Vollständigkeit halber betrachten wir aber auch diesen Fall, ebenso wie den einer Koalition aus Rot-Rot-Grün, auch wenn diese von den betreffenden Parteivorsitzenden ausgeschlossen wird. Im Folgenden skizzieren wir alternative Bündel von Maßnahmen, die im Fall unterschiedlicher Koalitionen realisiert werden dürften. Unsere Setzungen basieren auf den Wahl- bzw. Regierungsprogrammen der Parteien. Sie beziehen sich auf Maßnahmen für das Jahr 2006, aber auch auf Maßnahmen für die Zeit danach, weil wichtige Reformschritte wohl erst für die Jahre nach 2006 (z.B. eine Steuerreform zum 1. Januar 2007) beschlossen werden. Diese Reformen können das Verhalten der Investoren und Konsumenten bereits im Jahr 2006 beeinflussen; vor allem aber werden sie die wirtschaftliche Entwicklung in der mittleren Frist prägen (vgl. die Abschnitte „Ausblick: Spürbare Erholung der Konjunktur...“ und „...Chancen für ein höheres Potentialwachstum?“).

Die Programme der großen Parteien ähneln sich in einzelnen Punkten. Alle Parteien wollen z.B. Steuervergünstigungen verringern (Tabelle 1). Es gibt aber insgesamt erhebliche Unterschiede. Unterschiedliche finanzpolitische Absichten der Parteien bestehen insbesondere in folgender Hinsicht:

- Höhe des Regelsatzes der Mehrwertsteuer,
- Höhe des Beitragssatzes in der Arbeitslosenversicherung,
- Niveau und Struktur der Einkommensteuersätze,
- Reform der Unternehmensbesteuerung (z.B. Senkung des Körperschaftsteuersatzes und Entlastung der Nichtkapitalgesellschaften in vergleichbarem Ausmaß),
- Besteuerung von Erbschaften (z.B. bei Unternehmensfortführung durch Erben) und von Vermögen,
- Ausmaß der Finanzhilfen (z.B. der Kohlesubventionen),
- Bezugsdauer beim Arbeitslosengeld sowie Niveau und Struktur des Arbeitslosengeldes II,
- Ausmaß der arbeitsmarktpolitisch motivierten Programme der Bundesagentur für Arbeit,
- Ausmaß der Familienförderung.

Eine Reduktion der Beitragssätze in der Sozialversicherung und damit der Lohnnebenkosten sowie eine Einkommensteuerreform werden von mehreren Parteien angestrebt. Eine Steuerreform wird aber wohl erst im Jahr 2007 in Kraft treten; sie wird je nach Wahlausgang sehr unterschiedlich ausgestaltet sein. Das Gleiche gilt für die Reform der Unternehmensbesteuerung. Den Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung will die CDU/CSU schon im Januar 2006 senken, allerdings in Verbindung mit einer Anhebung der Mehrwertsteuer (vgl. hierzu „Exkurs: Effekte einer Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags und einer gleichzeitigen Anhebung der Mehrwertsteuer“); die Programme der anderen Parteien beinhalten konstante Mehrwertsteuersätze. Auch im Bereich der Finanzhilfen und der Transfers an private Haushalte unterscheiden sich die Programme, teilweise sogar deutlich.

Für die einzelnen unterstellten Koalitionen haben wir die Maßnahmen zusammengestellt, zu denen es jeweils kommen dürfte. Dies beinhaltet, dass wir bei den innerhalb einer Koalition strittigen Programmpunkten einen bestimmten Kompromiss zugrunde gelegt oder als möglich gekennzeichnet haben (Tabelle 2). Einige Maßnahmen werden im Folgenden skizziert.

Bei einer rot-grünen Koalition, aber auch im Fall einer schwarz-gelben Koalition oder einer großen Koalition, also mit sehr großer Wahrscheinlichkeit, wird es im Jahr 2006 zu einer Änderung der Unternehmensbesteuerung kommen. Anlässlich des so genannten Job-Gipfels

Tabelle 1:
Wichtige finanzpolitische Maßnahmen in den Programmen der großen Parteien

| | |
|---------------------------|--|
| SPD | <p>Keine Erhöhung der Mehrwertsteuer</p> <p>Anhebung des Spitzensatzes der Einkommensteuer um 3 Prozentpunkte (ab zu versteuernden Einkommen von 250 000 Euro (Ledige)) für natürliche Personen, nicht für Betriebe</p> <p>Reduktion des Körperschaftsteuersatzes von 25 auf 19 Prozent, vergleichbare Entlastung der Nichtkapitalgesellschaften durch verstärkte Anrechnung der Gewerbesteuer</p> <p>Belastung der Gewinne unabhängig von der Rechtsform</p> <p>Reduktion von Steuervergünstigungen</p> <p>Entlastung bei der Erbschaftsteuer bei Unternehmensfortführung, Verschärfung bei „großen“ Erbschaften</p> <p>Verkürzung der Bezugsdauer beim Arbeitslosengeld erst ab 1.2.2008 (statt ab 1.2.2006), Angleichung der Regelsätze des Arbeitslosengeldes II</p> <p>Ersatz des Erziehungsgeldes durch ein „Elterngeld“</p> <p>Einführung der Gebührenfreiheit für Kindertagesstätten</p> |
| CDU/CSU | <p>Erhöhung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer um 2 Prozentpunkte</p> <p>Reduktion des Beitragssatzes in der Arbeitslosenversicherung um 2 Prozentpunkte</p> <p>Erhöhung des Grundfreibetrags bei der Einkommensbesteuerung auf 8 000 Euro je Haushaltsmitglied</p> <p>Verringerung der Steuersätze, u.a. des Spitzensatzes der Einkommensteuer von 42 auf 39 Prozent und des Eingangssteuersatzes von 15 auf 12 Prozent</p> <p>Reduktion des Körperschaftsteuersatzes auf 22 Prozent</p> <p>Reform der Unternehmensbesteuerung</p> <p>Abschaffung der Verlustverrechnungsmöglichkeiten bei „Fondsmodellen“</p> <p>Abbau von Steuervergünstigungen</p> <p>Entlastung bei der Erbschaftsteuer bei Betriebsübergang auf Erben</p> <p>Reduktion der Finanzhilfen</p> <p>Kürzung der Ausgaben für Arbeitsmarktpolitik</p> <p>Einführung von Lohnkostenzuschüssen bei Einstellung gering Qualifizierter („Kombilohn“)</p> <p>Zulassung der Option auf Verwaltung des Arbeitslosengeldes II für alle Kommunen</p> <p>Einführung eines Kinderbonus (50 Euro je Monat Zuschuss zum Rentenversicherungsbeitrag) für Neugeborene</p> |
| Bündnis 90/ Die Grünen | <p>Keine Erhöhung der Mehrwertsteuer</p> <p>Anhebung des Spitzensatzes der Einkommensteuer um 3 Prozentpunkte auf 45 Prozent</p> <p>Abschmelzen des Ehegattensplittings</p> <p>Belastung der Gewinne unabhängig von der Rechtsform</p> <p>Ausweitung der „Mindestbesteuerung“ der Kapitalgesellschaften</p> <p>Kürzung vor allem der „umweltschädlichen“ Steuervergünstigungen und Finanzhilfen</p> <p>Stärkere Staffelung des Beitragssatzes zur Sozialversicherung im Niedriglohnbereich</p> <p>Erhöhung der Erbschaftsteuer auf große Erbschaften</p> <p>Einführung einer Steuer auf „private“ Vermögen, einer Tobin-Steuer und einer Kerosinsteuer</p> <p>Verlängerung der Bezugsdauer beim Arbeitslosengeld, Erhöhung und Angleichung der Regelsätze des Arbeitslosengeldes II, Lockerung der Anspruchsvoraussetzungen und der Sanktionen</p> <p>Erhöhung verschiedener Transfers (z.B. Kinder- und Altersgrundsicherung)</p> <p>Zulassung der Option auf Verwaltung des Arbeitslosengeldes II für alle Kommunen</p> <p>Ausweitung der öffentlichen Investitionen zur Stützung der Konjunktur</p> |

noch Tabelle 1

| | |
|---------------|--|
| FDP | Keine Erhöhung der Mehrwertsteuer Reduktion des Beitragssatzes in der Arbeitslosenversicherung um 2 Prozentpunkte Einführung von nur drei Grenzsteuersätzen (15, 25, 35 Prozent) Nettoentlastung bei der Einkommensteuer Entlastung der Familien durch erhöhten Grundfreibetrag (7 700 Euro je Haushaltsmitglied) Reform der Unternehmensbesteuerung (u.a. Abschaffung der Gewerbesteuer, Einführung eines kommunalen Zuschlags auf Einkommen- und Körperschaftsteuer) Belastung unternehmerischer Einkünfte unabhängig von der Rechtsform mit 25 Prozent Einführung einer Abgeltungssteuer für Zinsen und Dividenden von 25 Prozent Streichen von Steuervergünstigungen Kürzung der Erbschaftsteuer bei Unternehmensfortführung Kräftige Kürzung der Finanzhilfen Kürzung der Ausgaben für Arbeitsmarktpolitik Ausweitung der Möglichkeit zu geringfügiger Beschäftigung (600 statt 400 Euro als Lohnobergrenze) Einführung eines Bürgergeldes (als Ersatz für steuerfinanzierte Sozialleistungen) |
| Die Linke.PDS | Keine Erhöhung der Mehrwertsteuer Reduktion des Beitragssatzes in der Sozialversicherung Erhöhung des Grundfreibetrags bei der Einkommensbesteuerung auf 12 000 Euro (Ledige) Anhebung des Spitzensatzes der Einkommensteuer von 42 auf 50 Prozent für zu versteuernde Einkommen ab 60 000 Euro (Ledige) Abschaffung des Ehegattensplittings Einführung einer „Zinssteuer“ von 50 Prozent Einführung einer progressiven Unternehmensbesteuerung Reduktion der Steuervergünstigungen Bemessung der Sozialversicherungsbeiträge nach der Wertschöpfung statt nach dem Lohn Einführung einer Vermögensteuer Anhebung der Erbschaftsteuer Einführung einer Steuer auf Devisentransaktionen Verlängerung der Bezugsdauer beim Arbeitslosengeld Anhebung des Arbeitslosengeldes II auf 420 Euro (ohne Mietkostenerstattung) Ausweitung der öffentlichen Investitionen zur Stützung der Konjunktur |

Quelle: SPD (2005); CDU/CSU (2005); Bündnis 90/Die Grünen (2005); FDP (2005); Die Linke.PDS (2005).

waren eine Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 25 auf 19 Prozent und eine Entlastung der Personengesellschaften (durch eine erhöhte Anrechnung der Gewerbesteuerschuld auf die Einkommensteuerschuld) sowie eine Reduktion der Erbschaftsteuer bei Betriebsübergang vereinbart worden; zur Finanzierung eines großen Teils der Steuersenkung sollten u.a. die Möglichkeiten, Einkommensteuer durch die Beteiligung an bestimmten Fonds zu sparen, eingeschränkt werden (BMF 2005). Hier wird unterstellt, dass diese Maßnahmen in abgeschwächter Form (z.B. geringere Reduktion des Körperschaftsteuersatzes) im Jahr 2006 in Kraft treten werden, es sei denn, es kommt zu einer rot-rot-grünen Koalition.

Tabelle 2:
Erwartete finanzpolitische Maßnahmen in Abhängigkeit vom Ergebnis der Bundestagswahl^a

| | Koalition aus | | | |
|---|--------------------------------------|--------------------|--------------------|---|
| | SPD und Bündnis 90/ Die Grünen | CDU/CSU und FDP | CDU/CSU und SPD | SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und Die Linke.PDS |
| Anhebung der Mehrwertsteuer | nein | ja (?) | ja (?) | nein |
| Reduktion des Beitragssatzes in der Arbeitslosenversicherung | nein | ja | ja (?) | nein |
| Aufkommensneutrale Reform der Einkommensteuer (Satzsenkung, Streichen von Vergünstigungen) | nein | ja | ja | nein |
| Anhebung des Einkommensteuerspitzensatzes für hohe Einkommen | ja | nein | nein | ja |
| Einkommensteuersenkung | nein | ja | nein | nein |
| Reduktion des Körperschaftsteuersatzes etc. | ja | ja | ja | nein (?) |
| Einschränkung der Verlustrechnungsmöglichkeiten bei verschiedenen Fonds | ja | ja | ja | ja |
| Senkung der Erbschaftsteuer bei Unternehmensfort- führung durch Erben | ja | ja | ja | nein (?) |
| Einführung der Vermögensteuer, Anhebung der Erbschaftsteuer | ja | nein | nein | ja |
| Verlängerung der Bezugsdauer beim Arbeitslosengeld | ja | nein | ja (?) | ja |
| Erhöhung des Arbeitslosengeldes II | ja | nein | ja (?) | ja |
| Kürzung der Ausgaben für Arbeitsmarktpolitik | nein | ja | nein (?) | nein |
| Kürzung der Finanzhilfen | nein | ja | nein (?) | nein |
| Anhebung einzelner Transfers | ja | nein | ja | ja |
| Verstärkte Familienförderung (z.B. „Kinderbonus“, Elterngeld) | ja | ja (?) | ja | ja |
| Ausweitung öffentlicher Investitionen zur Stützung der Konjunktur | ja | nein | nein (?) | ja |

^aEin (?) soll andeuten, dass die Maßnahme innerhalb der unterstellten Koalition umstritten ist.

Quelle: Eigene Einschätzung auf der Basis der Parteiprogramme (Bündnis 90/Die Grünen 2005; CDU/CSU 2005; Die Linke.PDS 2005; FDP 2005; SPD 2005).

Sieht man von diesen Änderungen bei der Unternehmensbesteuerung ab, so dürfte es im Jahr 2006 bei einer rot-grünen Koalition zu begrenzten Steuererhöhungen (Anhebung des Einkommensteuerspitzensatzes, Erhöhung der Erbschaftsteuer auf große Erbschaften) kommen. Auch würden wohl zusätzliche Ausgaben z.B. für das Arbeitslosengeld (wegen einer verlängerten Bezugsdauer), für das Arbeitslosengeld II und in Form eines Elterngeldes getätigt werden. Das Budgetdefizit des Staates dürfte in diesem Fall nicht niedriger als im Jahr 2005 ausfallen.

Bei einer schwarz-gelben Koalition wird wohl die Beitragsbelastung im Jahr 2006 reduziert, während die Mehrwertsteuer angehoben wird. Die Abgabenlast insgesamt dürfte annähernd konstant bleiben. Kürzungen bei den Transfers und bei den Finanzhilfen werden wohl dazu führen, dass das Budgetdefizit des Staates im Jahr 2006 etwas abnehmen wird.

Im Fall einer großen Koalition wird das Maßnahmenbündel der Finanzpolitik für das Jahr 2006 dem Maßnahmenpaket bei einer schwarz-gelben Koalition insgesamt recht ähnlich sein. Sowohl die Transfers als auch die Finanzhilfen werden aber wohl höher ausfallen. Das Budgetdefizit dürfte daher etwas größer sein als im Fall einer schwarz-gelben Koalition.

Kommt es zu einer rot-rot-grünen Koalition, dann ist schon im Jahr 2006 mit deutlich erhöhten Ausgaben des Staates zu rechnen. Dies dürfte vor allem die öffentlichen Investitionen und das Arbeitslosengeld betreffen; die Regelleistung beim Arbeitslosengeld II würde wohl bundeseinheitlich auf ein Niveau erhöht, das über dem jetzt im Westen geltenden liegt. Vermutlich würden verschiedene Steuererhöhungen in Kraft treten. Gleichwohl würde das Budgetdefizit des Staates im Jahr 2006 nennenswert größer als bei einem anderen Wahlausgang ausfallen.

Die Wahlprogramme unterscheiden sich nicht nur in Bezug auf die finanzpolitischen Maßnahmen im engeren Sinne, sondern auch hinsichtlich der Maßnahmen zur Reform des Gesundheitswesens, der gesetzlichen Rentenversicherung, des Bildungswesens und anderer Bereiche (z.B. Energiepolitik); Einzelheiten werden hier nicht dargestellt.

Darüber hinaus werden je nach Wahlausgang (wahrscheinlich schon im Jahr 2006) unterschiedliche Maßnahmen, die die Lohnsetzung, das Tarifvertragsgesetz und den Kündigungsschutz betreffen, in Kraft treten (Tabelle 3). Im Fall einer rot-grünen Koalition sind einzelne Maßnahmen, die auf die Einführung von Mindestlöhnen hinauslaufen, sowie eine Ausweitung des Entsendegesetzes zu erwarten. Im Fall einer schwarz-gelben Koalition wird es dagegen größere Veränderungen geben. So wird wohl das Günstigkeitsprinzip im Tarifvertragsgesetz neu formuliert, so dass die Lohnhöhe und die Arbeitszeit abweichend von einem Tarifvertrag festgelegt werden können, wenn damit Arbeitsplätze gesichert werden; eine Option besteht darin, dass eine abweichende Vereinbarung davon abhängig gemacht werden wird, dass der Betriebsrat und zwei Drittel der Belegschaft zustimmen. Darüber hinaus wird wohl § 77 Abs. 3 des Betriebsverfassungsgesetzes geändert werden, der bei Arbeitsentgelten und sonstigen Arbeitsbedingungen, die durch Tarifvertrag geregelt sind oder üblicherweise geregelt werden, einzelvertragliche Vereinbarungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern auf Betriebs-

Tabelle 3:

Von den großen Parteien vertretene Positionen in Bezug auf das Lohnsetzungsverfahren und das Arbeitsrecht

| | |
|-----------------------|--|
| SPD | <p>Keine Änderung des Tarifvertragsgesetzes</p> <p>Keine Änderung der Kündigungsschutzregelung</p> <p>Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes auf alle Branchen</p> <p>Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, soweit ein Mindestlohn nicht von den Tarifvertragsparteien vereinbart wird</p> <p>Widerstand gegen das Herkunftslandprinzip, wie es in der EU-Dienstleistungsrichtlinie vorgeschlagen ist</p> |
| CDU/CSU | <p>Korrektur des Günstigkeitsprinzips im Tarifvertragsgesetz dahingehend, dass Abweichungen auf Betriebsebene (mit Zustimmung des Betriebsrates und zwei Drittel der Belegschaft) möglich sind, wenn dies die Beschäftigung erhöht</p> <p>Verzicht auf Kündigungsschutz für „neue“ Beschäftigte in Betrieben mit bis zu 20 Beschäftigten</p> <p>Möglichkeit der Bezahlung unter Tarif von neu eingestellten, ehemaligen ALG II-Empfängern</p> <p>Erleichterung der befristeten Beschäftigung</p> |
| Bündnis 90/Die Grünen | <p>Keine Eingriffe in die Tarifautonomie</p> <p>Keine Änderung der Kündigungsschutzregelung</p> <p>Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes</p> <p>Einführung „armutsfester“ Mindestlöhne (nach Regionen und Branchen differenziert)</p> <p>Einschränkung des Zumutbarkeitskriteriums (ortsüblicher Lohn)</p> |
| FDP | <p>Zulassung von Abweichungen von tarifvertraglichen Regelungen bei Zustimmung des Betriebsrats oder 75 Prozent der Beschäftigten</p> <p>Beschränkung des Kündigungsschutzes auf Betriebe ab 50 Beschäftigte und auf Beschäftigte mit einer Beschäftigungsdauer von mindestens vier Jahren</p> <p>Abschaffung der Möglichkeit, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären</p> <p>Möglichkeit der Option für Abfindung oder Finanzierung einer Weiterbildungsmaßnahme statt Kündigungsschutz</p> <p>Verzicht auf Mindestlöhne jeglicher Art</p> <p>Auflösung der Bundesagentur für Arbeit, Umgestaltung der Arbeitslosenversicherung zu einer reinen Risikoversicherung</p> |
| Die Linke.PDS | <p>Keine Änderung des Kündigungsschutzes</p> <p>Entsendegesetz für alle Branchen</p> <p>Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 1 400 Euro je Monat</p> <p>Begrenzung der Überstundenzahl</p> <p>Erleichterung der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen</p> <p>Starke Einschränkung der Zumutbarkeitskriterien</p> |

Quelle: SPD (2005); CDU/CSU (2005); Bündnis 90/Die Grünen (2005); FDP (2005); Die Linke.PDS (2005).

ebene nicht zulässt. Schließlich wird im Fall einer schwarz-gelben Koalition der Kündigungsschutz gelockert werden.¹ Kommt es zu einer großen Koalition, so ist mit nennenswerten Änderungen kaum zu rechnen. Im Fall einer rot-rot-grünen Koalition wird es nicht eine Liberalisierung des Arbeitsrechts, sondern zusätzliche Regulierungen des Arbeitsmarktes geben, beispielsweise in Form zusätzlicher Mindestlohnvorschriften.

Alles in allem sind die Unterschiede in den wirtschaftspolitischen Teilen der Regierungsprogramme, was jene Maßnahmen betrifft, die Einfluss auf die Konjunktur im Jahr 2006 haben dürften, nicht groß. Für unsere Prognose unterstellen wir als zentrales Szenario den wahrscheinlichsten Fall einer Regierungsübernahme durch eine schwarz-gelbe Koalition.

Die bedeutsamste Änderung, die bereits im Jahr 2006 wirksam werden dürfte, ist die von der CDU/CSU geplante Senkung des Beitragssatzes in der Arbeitslosenversicherung, die durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer finanziert werden soll. Die Unionsparteien erhoffen sich von dieser Maßnahme insbesondere deutliche Beschäftigungsgewinne, sollen doch die Arbeitskosten gesenkt werden, während gleichzeitig die Nettolöhne steigen sollen, was für sich genommen anregend auf die Konjunktur wirken soll. Wie am Ende dieses Beitrags im Einzelnen ausgeführt wird, ist diese Hoffnung nur zu einem geringen Teil gerechtfertigt. Die Mehrwertsteuer belastet nämlich die Unternehmen im Wesentlichen wie die Beiträge zur Sozialversicherung. Eine bloße Umfinanzierung ändert daher am Einstellungskalkül der Unternehmen wenig und hat längerfristig insoweit weder Einfluss auf die Nettolöhne noch auf die Verbraucherpreise. Allerdings hat das geplante Beitragssatz-Mehrwertsteuer-Paket stimulierende Wirkungen auf die Exporte und über diesen Kanal auf die Konjunktur.

Budgetdefizit bleibt über der 3-Prozent-Marke

Das Budgetdefizit des Staates wird im Jahr 2005 trotz der relativ schwachen Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts nicht zunehmen; in Relation zum Bruttoinlandsprodukt wird sich das Defizit wohl auf 3,6 Prozent belaufen, nach 3,7 Prozent im Jahr 2004. Maßgeblich dafür sind finanzpolitische Maßnahmen (Arbeitsgemeinschaft 2005: 43), vor allem aber verschiedene Sondereinflüsse (Benner et al. 2005a: 43).

¹ Zu Einzelheiten der gesetzlichen Bestandsschutzregeln sowie der Tarifpolitik und des Tarifrechts, zu den Chancen und Risiken von mehr Vertragsfreiheit und zu Erfahrungen, die andere Länder mit mehr Vertragsfreiheit gesammelt haben, vgl. Soltwedel (1997).

Die Ausgaben des Staates werden im Jahr 2005 wieder etwas steigen, obwohl keine Unterstützungszahlungen an die Postbeamtenversorgungskasse geleistet werden. So dürften die Sozialleistungen etwas zunehmen. Den Kürzungen bei den Renten stehen Mehrausgaben für hilfebedürftige Arbeitslose gegenüber. Die Ausgaben je Leistungsempfänger nehmen infolge des Zusammenlegens der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe für Erwerbsfähige zwar etwas ab, die Zahl der Begünstigten fällt aber größer aus als im Jahr 2004. Per saldo dürften die Ausgaben für das Arbeitslosengeld II im Jahr 2005 die vergleichbaren Ausgaben für Arbeitslosenhilfe bzw. Sozialhilfe im Jahr 2004 übersteigen. Die Sachaufwendungen des Staates werden im Jahr 2005 wieder deutlich zunehmen; sie waren im Jahr 2004 wegen der Reform der gesetzlichen Krankenversicherung zurückgegangen. Die Belastung durch Beiträge und Steuern insgesamt (Aufkommen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt) wird im Jahr 2005 etwas sinken. Entscheidend dafür ist, dass die Einkommensteuersätze gesenkt wurden.

Die Steuerpolitik für das Jahr 2006 liegt in den Grundzügen fest, je nach Wahlausgang ist aber mit zusätzlichen Maßnahmen zu rechnen (vgl. Abschnitt „Wirtschaftspolitik nach der Wahl: Was ist zu erwarten?“). Unabhängig vom Wahlausgang dürften die Beitragssätze in der Renten- und in der Krankenversicherung im Jahr 2006 konstant bleiben. Die Einnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung werden zwar – wie schon im Jahr 2005 – bei gegebenem Leistungsrecht (insbesondere in Form der geltenden Rentenformel) und bei unverändertem Beitragssatz nicht ausreichen, um die Ausgaben zu finanzieren, es wird aber weder der Beitragssatz angehoben noch die Rentenformel geändert. Die dann an sich notwendige Anhebung des Zuschusses des Bundes an die Rentenversicherung wird dadurch vermieden, dass die Beiträge der Unternehmen zeitgleich mit den Löhnen und damit zwei Wochen früher als bisher gezahlt werden müssen.^{2,3} Der Beitragssatz in der Krankenversicherung ist im Jahr 2005 reformbedingt geringfügig gesunken; ein weiterer Rückgang ist angesichts des deutlichen Ausgabenanstiegs im Jahr 2005 nicht zu erwarten.

Die Ausgaben des Staates werden im Jahr 2006 dann, wenn nach der Wahl weder zusätzliche Ausgaben beschlossen werden noch Ausgaben gekürzt werden (Status quo), wohl um 0,5 Prozent steigen. Die Löhne im öffentlichen Dienst werden im Westen konstant bleiben, während

² Die Neuregelung bedeutet, dass die Rentenversicherung (und die anderen Sozialversicherungsträger) im Jahr 2006 einmalig Beitragseinnahmen auf Löhne für 13 Monate (Dezember 2005–Dezember 2006) kassieren. Die Beitragspflichtigen werden infolge der vorgezogenen Beitragszahlungen in Höhe des Zinsverlusts (für etwa zwei Wochen) belastet. Auf die Sozialbeiträge in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) hat die Verkürzung der Zahlungsfrist keinen Einfluss; die Beiträge werden nach den Prinzipien der VGR der Periode zugerechnet, für die sie geleistet werden.

³ Die Finanzierungslücke im Jahr 2005 wird durch den Rückgriff auf die Rücklagen (Schwankungsreserve) der gesetzlichen Rentenversicherung geschlossen.

sie im Osten wohl um rund 1 Prozent angehoben werden; die Beschäftigung wird weiter sinken. Die Sachaufwendungen des Staates, insbesondere die der Krankenversicherung, und die öffentlichen Investitionen werden deutlich zunehmen. Der Bund wird wieder Zuweisungen an die Postpensionskassen leisten.

Das Budgetdefizit des Staates dürfte im Jahr 2006, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, je nach Wahlausgang 3,4 bis 3,8 Prozent betragen. In dem als am wahrscheinlichsten angesehenen Fall wird das Budgetdefizit wohl auf 3,4 Prozent sinken. Der Schuldenstand, der im Jahr 2005 nur deshalb wenig steigt, weil die Nettokreditaufnahme des Bundes durch außergewöhnlich hohe Erlöse aus dem Verkauf von Aktien und durch die Rückzahlung von Krediten, die an Russland und Polen vergeben worden waren, niedrig gehalten wird, dürfte sich im Jahr 2006 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt der 70-Prozent-Marke nähern (2004: 64,9 Prozent). Dabei sind – anders als nach der noch gültigen Verfahrensweise bei der „europäischen Haushaltsüberwachung“ – revidierte Werte für das Bruttoinlandsprodukt (einschließlich unterstellter Bankdienstleistungen) zugrunde gelegt.

Weiterhin günstige monetäre Rahmenbedingungen

Angesichts niedriger nominaler und realer Zinsen, steigender Aktienkurse und eines etwas geringeren Außenwerts des Euro gingen von den monetären Rahmenbedingungen in den vergangenen Monaten anregende Wirkungen auf die Konjunktur aus. Die Dreimonatszinsen lagen unverändert bei reichlich 2 Prozent (Tabelle 4), was weiterhin einen kurzfristigen Realzins von 1 Prozent impliziert. Die Kapitalmarktzinsen sind seit dem Frühjahr sowohl nominal (Anfang September 3,2 Prozent) als auch real (etwa 1,5 Prozent) extrem niedrig. Günstig auf die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen wirkte sich zudem der Anstieg der Aktienkurse aus; der DAX kletterte erstmals seit April 2002 wieder in die Nähe der Marke von 5 000 Punkten; seit Jahresbeginn hat er fast 20 Prozent an Wert gewonnen. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen dürfte sich im dritten Quartal um ein halbes Prozent verbessert haben, nachdem sie sich bereits im Vierteljahr zuvor um knapp 1 Prozent erhöht hatte.

Im Prognosezeitraum bleiben die Dreimonatszinsen zunächst unverändert. Erst Ende 2006 dürften die Leitzinsen durch die Europäische Zentralbank (EZB) leicht angehoben werden (vgl. Benner et al. 2005b). Die Kapitalmarktzinsen dürften im gesamten Prognosezeitraum leicht steigen. Für den Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar ist ein Wert von 1,25 unterstellt. Die monetären Rahmenbedingungen werden sich somit zwar etwas verschlechtern, alles in allem aber günstig bleiben.

Tabelle 4:
Rahmendaten für die Konjunkturprognose 2004, 2005 und 2006

| | 2004 | | | | 2005 | | | | 2006 | | | |
|---|-------|-------|-------|-------|-------|-------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| | 1. Q. | 2. Q. | 3. Q. | 4. Q. | 1. Q. | 2. Q. | 3. Q. ^a | 4. Q. ^b | 1. Q. ^b | 2. Q. ^b | 3. Q. ^b | 4. Q. ^b |
| Zinssatz für Dreimonatsgeld | 2,1 | 2,1 | 2,1 | 2,2 | 2,1 | 2,1 | 2,2 | 2,2 | 2,2 | 2,2 | 2,3 | 2,4 |
| Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen | 4,1 | 4,2 | 4,1 | 3,8 | 3,5 | 3,4 | 3,5 | 3,7 | 3,8 | 4,0 | 4,1 | 4,3 |
| Tariflohnindex ^{c,d} | 1,7 | 1,5 | 0,9 | 0,8 | 1,3 | 1,0 | 1,2 | 1,2 | 1,5 | 1,5 | 1,5 | 1,5 |
| Wechselkurs US-Dollar/Euro | 1,25 | 1,20 | 1,22 | 1,30 | 1,31 | 1,27 | 1,25 | 1,25 | 1,25 | 1,25 | 1,25 | 1,25 |
| Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ^e | 99,4 | 98,5 | 99,0 | 100,1 | 100,3 | 99,4 | 99,0 | 98,6 | 96,9 | 96,6 | 96,6 | 96,3 |
| Industrieproduktion im Ausland ^{f,g} | 6,2 | 3,8 | 0,9 | 3,5 | -2,5 | 3,6 | 2,7 | 3,4 | 4,4 | 4,3 | 4,0 | 3,8 |
| Rohölpreis ^h | 31,4 | 35,2 | 40,6 | 44,8 | 47,8 | 51,4 | 63,0 | 65,0 | 65,0 | 65,0 | 65,0 | 65,0 |

^aTeilweise geschätzt. — ^bPrognose. — ^cVeränderung gegenüber dem Vorjahr (Prozent). — ^dAuf Stundenbasis. — ^eGegenüber 49 Ländern auf Basis der Verbraucherpreise, Index: 1999 I = 100. — ^fVeränderung gegenüber Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet (Prozent). — ^gIn 30 Ländern: 18 Industrieländer, 8 neue EU-Mitgliedsländer sowie Russland, China, Hongkong und Südkorea. — ^hUS-Dollar pro Barrel North Sea Brent.

Quelle: EZB (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht* (lfd. Jgg.); IMF (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Export gewinnt an Schwung

Die Exporte sind im zweiten Quartal 2005 mit 4,9 Prozent (laufende Jahresrate) nur etwa halb so rasch gestiegen wie im ersten. Stellt man allerdings in Rechnung, dass das erste Quartal durch die unzureichende Kalenderbereinigung über- und das zweite etwas unterzeichnet sein dürften, so relativiert sich die Tempoabnahme. Maßgeblich waren die in der ersten Jahreshälfte schwächere Konjunktur bei den Handelspartnern sowie die Nachwirkungen der bis Jahresanfang 2005 andauernden realen Aufwertung des Euro.

Für die zweite Jahreshälfte erwarten wir eine deutliche Belebung der Exporttätigkeit. Die Konjunktur in den wichtigsten Handelspartnerländern dürfte etwas anziehen, und zudem wirkt die verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit weiter stimulierend. Die vorlaufenden Indikatoren stützen diese Einschätzung. So sind die Exporterwartungen nach dem Einbruch im ersten Quartal des laufenden Jahres wieder gestiegen, und die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe haben im Verlauf des Frühjahrs wieder zugenommen. Für den Jahresdurchschnitt 2005 rechnen wir mit einer Zunahme der Ausfuhr um 6,3 Prozent.

Im kommenden Jahr dürfte sich die Konjunktur im übrigen Euroraum, die für den deutschen Export maßgeblich ist, weiter beleben. Wie stark die deutsche Ausfuhr steigen wird, hängt allerdings nicht zuletzt davon ab, ob ab Januar 2006 das von der CDU/CSU angestrebte Paket aus Mehrwertsteuererhöhung und gleichzeitiger Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung in Kraft tritt. Da die Exporte, wie unten dargelegt (vgl. „Exkurs: Effekte einer Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags und einer gleichzeitigen Anhebung der Mehrwertsteuer“), nicht der Mehrwertsteuer unterworfen sind, aber von einer Senkung der Arbeitskosten durch niedrigere Beiträge zur Arbeitslosenversicherung betroffen sind, wäre für den Fall, dass sich die Union mit ihrem Paket durchsetzt, damit zu rechnen, dass die Exportpreise entsprechend der Verringerung der Arbeitskosten geringer ausfallen. Der Anteil der Arbeitskosten an der gesamten Wertschöpfung liegt etwa bei zwei Dritteln, somit ergäbe sich bei der angestrebten Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags um 2 Prozentpunkte ein Preissenkungsspielraum von 1,3 Prozent.⁴ Angesichts einer langfristigen Elastizität der Ausfuhr in Bezug auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit von 0,65 wäre somit für den Durchschnitt des kommenden Jahres mit einem um 0,8 Prozentpunkte höheren Export zu rechnen. Aufgrund der üblichen Wirkungsverzögerungen würde ein Teil der Effekte allerdings wohl erst 2007 eintreten.

Stimuliert wird der Export im kommenden Jahr auch dadurch, dass die Fußballweltmeisterschaft in Deutschland ausgetragen wird. Etwa ein Drittel der erwarteten 3 Millionen Zuschauer dürfte aus dem Ausland kommen; deren Ausgaben, insbesondere für Übernachtungen, werden als Export verbucht. Schätzungen zufolge ist mit einem Betrag von 0,75 bis 1 Mrd. Euro zu rechnen, die im zweiten und dritten Quartal anfallen (Kasten). Alles in allem rechnen wir mit einer Zunahme des Exports im Jahr 2006 um 7,2 Prozent. Dabei ist unterstellt, dass das von der CDU/CSU angestrebte Paket aus Beitragssatzsenkung und Mehrwertsteuererhöhung in Kraft tritt. Andernfalls dürfte der Anstieg der Exporte um 0,5 Prozentpunkte geringer ausfallen.

Die Einfuhr ist im zweiten Quartal mit einer laufenden Rate von 9,5 Prozent merklich beschleunigt gestiegen. Diese Tendenz dürfte sich bis zum Jahresende fortsetzen, da die Einfuhr von der deutlichen Beschleunigung der Zunahme der Exporte Impulse erhält. Im gesamten Jahr 2005 wird die Einfuhr ihr Niveau vom Vorjahr voraussichtlich um 4,6 Prozent übertreffen.

⁴ Dabei ist unterstellt, dass es im Zuge der Umsetzung des Pakets nicht zu Wechselkurseffekten kommt sowie dass die Handelspartner nicht ebenfalls ihre Mehrwertsteuersätze anheben und die Beitragssätze senken, um die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Exporte zu erhöhen.

Kasten:

Zu den Auswirkungen der Fußballweltmeisterschaft 2006 auf das Bruttoinlandsprodukt

Vom 9. Juni bis zum 9. Juli 2006 wird in Deutschland die Fußballweltmeisterschaft ausgetragen. Solchen sportlichen Großereignissen werden häufig anregende Wirkungen auf die Konjunktur unterstellt. Die Investitionen in die Erneuerung der Fußballstadien lassen sich mit 1,3 Mrd. Euro sogar ähnlich wie die Investitionen in die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur von ca. 4,2 Mrd. Euro recht genau quantifizieren. Doch dürften diese heute weitgehend abgeschlossen sein. Relevant für die Konjunktur im kommenden Jahr sind vor allem die Ausgaben der WM-Besucher für Stadionbesuche, Fan-Artikel sowie Übernachtungen. Schätzungen zufolge könnten sich die Ausgaben der Inländer auf 2 bis 3 Mrd. Euro belaufen, die der Ausländer auf 0,75 bis 1 Mrd.

Allerdings ist zu berücksichtigen, dass nur diejenigen WM-bedingten Ausgaben einen Konjunkturimpuls darstellen, welche nicht durch Einsparungen an anderer Stelle finanziert werden. So können die Ausgaben der ausländischen WM-Touristen wohl als Impuls aufgefasst werden, hinsichtlich des WM-bedingten Konsums der Inländer muss jedoch mit hohen Crowding-out-Effekten gerechnet werden. Im Rahmen einer konservativen Analyse kann der WM-bedingte Konsum der Inländer dann vernachlässigt werden. Eine solche Strategie verfolgt Ahlert (2004) mit einem Input-Output-Modell. Er beschränkt sich auf die Ausgaben der Ausländer und die Stadioninvestitionen als konjunkturelle WM-Impulse. Er geht von Stadioninvestitionen in einer Gesamthöhe von 1,125 Mrd. Euro aus, welche gleichmäßig auf die Jahre 2002–2006 verteilt werden, sowie WM-bedingte Ausgaben von Touristen im Jahr 2006 in Höhe von 0,9 Mrd. Euro. Aufgrund von Multiplikatoreffekten prognostiziert Ahlert eine Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2006 von 1,8 Mrd. Euro bzw. 0,1 Prozent, wovon ein Großteil im zweiten Quartal anfallen dürfte. Der Gesamteffekt ist also eher gering einzuschätzen.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt eine eigene empirische Untersuchung, bei der die Auswirkungen von Fußballweltmeisterschaften und Olympischen Sommerspielen auf das Bruttoinlandsprodukt des Austragungslandes im Rahmen eines Panel-Modells untersucht werden. Dazu werden Dummy-Variablen gebildet, welche für den Veranstaltungszeitraum den Wert 1 annehmen bzw. diesen Wert bei der Austragung über zwei Quartale hinweg prozentual gemäß der jeweiligen Dauer aufteilen. Um die konjunkturelle Relevanz sportlicher Großveranstaltungen für das jeweilige Austragungsland im Zeitablauf zu erfassen, wird die Dummy-Variable mit der Zuschauerzahl multipliziert und durch das Bruttoinlandsprodukt im Austragungsjahr dividiert. Der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts y wird durch die eigenen Verzögerten und einen Index y^A erklärt, der ausländische Konjunkturschwankungen erfasst.

$$\Delta y_{i,t} = \alpha_i \cdot Dummy_i + \sum_{j=1}^5 \beta_j \cdot \Delta y_{i,t-j} + \sum_{k=1}^5 \gamma_k \cdot \Delta y_{i,t-k}^A$$

Dieses Modell wird für jedes Austragungsland schrittweise rückwärts spezifiziert, wobei alle Parameter mit einem Signifikanzniveau von weniger als 5 Prozent unberücksichtigt bleiben. Danach wird das Gleichungssystem als System scheinbar unverbundener Gleichungen (SUR) unter Berücksichtigung der Cross-Equation-Restriktion $\alpha_1 = \alpha_2 = \dots = \alpha_n$ geschätzt. Für den Beobachtungszeitraum von 1963 II–2004 IV liegen Daten für 18 sportliche Großveranstaltungen vor. Für den Parameter α ergibt sich ein Schätzwert von 0,0013 bei einer Standardabweichung von 0,0008. Das heißt, die Austragung einer sportliche Großveranstaltung erhöht das reale Bruttoinlandsprodukt in dem jeweiligen Quartal um durchschnittlich 0,13 Prozent. Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt und die erwartete Zuschauerzahl in Deutschland bedeutet dies eine prognostizierte Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts um 0,1 Prozent im zweiten Quartal und um 0,04 Prozent im dritten Quartal. Aus statistischer Sicht ist dieses Ergebnis mit einem p -Wert von 0,119 allerdings nur schwach signifikant.

Alles in allem rechnen wir damit, dass die Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland nur geringe stimulierende Effekte auf die Konjunktur haben wird. Diese werden im Wesentlichen im zweiten Quartal anfallen.

Für die Entwicklung im Jahr 2006 gelten im Zusammenhang mit dem unterstellten Beitragssatz-Mehrwertsteuer-Paket grundsätzlich ähnliche Überlegungen wie für die Exporte: Da die Importe ebenso wie die inländischen Produkte der Mehrwertsteuer unterworfen sind, die Kosten der inländischen Hersteller aber durch die Beitragssatzsenkung zurückgehen würden, ergibt sich für die importkonkurrierenden Unternehmen eine verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit, mit der Folge, dass die Importe geringer ausfallen. Allerdings lässt sich für die deutsche Einfuhr keine statistisch signifikant von null verschiedene Preiselastizität nachweisen, so dass wir von dieser Seite keine Effekte erwarten. Somit ergeben sich unterschiedliche Szenarien für die Entwicklung der Importe nur aus den Wirkungen über die höheren Exporte und die daraus folgenden Wirkungen für die Binnennachfrage. Alles in allem rechnen wir für den Fall des In-Kraft-Tretens des Beitragssatz-Mehrwertsteuer-Pakets mit einem Anstieg der Einfuhr im Jahr 2006 um 3,8 Prozent. Ohne dieses Paket erwarten wir einen um 0,2 Prozentpunkte schwächeren Anstieg.

Die Einfuhrpreise haben sich in der ersten Jahreshälfte infolge des Anziehens der Rohstoffpreise und des Anziehens des weltweiten Preisniveaus leicht erhöht. Im Prognosezeitraum dürften sie angesichts des erneuten Sprungs bei den internationalen Rohölnotierungen im Juli und August zunächst weiter kräftig steigen, zumal auch die im Frühjahr eingetretene Abwertung des Euro ihre Wirkungen noch nicht vollständig entfaltet haben dürfte. Erst im kommenden Jahr, wenn der Ölpreis gemäß unserer Annahme bei 65 US-Dollar je Barrel verbleibt, die Preise für andere Rohstoffe tendenziell aufgrund des moderateren Tempos der Weltkonjunktur sinken und von der Abwertung des Euro keine Effekte mehr ausgehen, dürfte sich der Preisauftrieb bei den Einfuhren beruhigen. Wir rechnen für 2006 mit einem Anziehen des Importdeflators um 4,3 Prozent, nach 2,9 Prozent im Jahr 2005. Die Exportpreise werden unter der Annahme, dass es nicht zu dem von der Union angestrebten Beitragssatz-Mehrwertsteuer-Paket kommt, im kommenden Jahr nur um 0,6 Prozent steigen, nach 0,7 Prozent im laufenden Jahr. Die Terms of Trade verschlechtern sich in diesem Szenario im Jahr 2006 um 3,5 Prozent, nach 2,2 Prozent im laufenden Jahr. Für den zentralen Fall des In-Kraft-Tretens des Beitragssatz-Mehrwertsteuer-Pakets erwarten wir für 2006 einen Rückgang des Deflators der Exporte um 1,3 Prozent; die Terms of Trade verringern sich um 5,4 Prozent.

Binnennachfrage bleibt schwach

Die Binnennachfrage ist nach einem Rückgang im ersten Quartal im zweiten Vierteljahr wieder gestiegen. Dies ist aber allein auf eine Aufstockung der Vorräte zurückzuführen. Ohne diese hätte sich ein leichtes Minus ergeben. Bedeutsam war vor allem der abermalige Rück-

gang der privaten Konsumausgaben. Nach der zu Jahresbeginn in Kraft getretenen Einkommensteuersenkung war damit auch im zweiten Quartal kein Schub für die Ausgabebereitschaft der privaten Haushalte erkennbar. Deutlich rückläufig waren im Frühjahr ferner die privaten Bauinvestitionen, während die Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen ihre nach dem Jahreswechsel begonnene Aufwärtsbewegung fortsetzten.

In der zweiten Jahreshälfte wird die Schwäche der Binnennachfrage anhalten. Zwar dürfte es bei den privaten Konsumausgaben zu einer moderaten Gegenbewegung zu der sehr schwachen Entwicklung in der ersten Jahreshälfte kommen, zumal sich das Verbrauchervertrauen in diesem Zeitraum leicht verbessert hat und die real verfügbaren Einkommen spürbar gestiegen sind. Der Zunahme des Konsums dürfte aber ein weiterer deutlicher Rückgang der Wohnungsbauinvestitionen gegenüberstehen, auf den die Abnahme der Baugenehmigungen und der Bauaufträge im Wohnungsbau in den zurückliegenden Quartalen hindeuten. Bei einer nur geringen weiteren Zunahme der Unternehmensinvestitionen sowie einer Korrektur der Vorratshaltung wird die Binnennachfrage bis zum Jahresende voraussichtlich weiter sinken. Im Jahresdurchschnitt 2005 dürfte die inländische Verwendung um 0,3 Prozent zurückgehen, wobei die privaten Konsumausgaben um 0,3 Prozent und die Wohnungsbauinvestitionen um 6,2 Prozent schrumpfen, während die Unternehmensinvestitionen um 0,9 Prozent zulegen (Tabelle 5). Die öffentlichen Bauinvestitionen werden wohl um 2 Prozent abnehmen.

Tabelle 5:

Reale Anlageinvestitionen 2003–2006 (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)

| | 2003 | 2004 | 2005 ^a | 2006 ^a |
|---------------------------|------|------|-------------------|-------------------|
| Anlageinvestitionen | -0,8 | -0,2 | -1,5 | 0,4 |
| Unternehmensinvestitionen | 0,1 | 1,6 | 0,9 | 1,8 |
| Ausrüstungen | -0,2 | 2,6 | 3,5 | 2,3 |
| Sonstige Anlagen | 3,3 | 1,8 | 2,1 | 4,9 |
| Wirtschaftsbau | -0,6 | -1,1 | -5,2 | -0,7 |
| Wohnungsbau | -1,0 | -1,6 | -6,2 | -3,2 |
| Öffentlicher Bau | -6,4 | -8,9 | -2,0 | 2,5 |
| <i>Nachrichtlich:</i> | | | | |
| Bauinvestitionen | -1,6 | -2,3 | -5,7 | -1,5 |

^aPrognose.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2* (lfd. Jgg.); eigene Schätzungen und Prognosen.

Im Jahr 2006 wird die Binnennachfrage etwas an Schwung gewinnen. Vor allem werden die Unternehmensinvestitionen angesichts verbesserter Absatzperspektiven und weiterhin niedriger Zinsen deutlich rascher expandieren. Stimulierend auf die Investitionstätigkeit werden auch die Steuererleichterungen (Senkung der Körperschaftsteuer, höhere Pauschale bei der Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuerschuld) wirken, die sowohl von der SPD als auch von der CDU/CSU angestrebt werden und wohl auch von der FDP mit getragen würden, obwohl diese eine umfassendere Reform der Unternehmenssteuer anstrebt. Mit einer tendenziell höheren Unternehmensbesteuerung und entsprechenden dämpfenden Wirkungen auf die Investitionen wäre im Fall einer Regierungsbeteiligung der Grünen oder der Linkspartei zu rechnen. Im Wohnungsbau dürfte der durch Leerstände und durch die absehbare demographische Entwicklung bedingte Abwärtstrend bis zum Ende des Prognosezeitraums anhalten. Dabei ist unterstellt, dass die Eigenheimzulage unverändert bleibt. Alles in allem steigen die Unternehmensinvestitionen im zentralen Szenario einer Koalition aus CDU/CSU und FDP im Jahr 2006 voraussichtlich um 1,8 Prozent, bei einer großen Koalition oder einer Fortführung der derzeitigen Koalition wäre die Zunahme nur unwesentlich geringer. Die Wohnungsbauinvestitionen werden angesichts rückläufiger real verfügbarer Einkommen nur wenig langsamer sinken als im Jahr zuvor (-3,2 Prozent). Die öffentlichen Bauinvestitionen dürften im Jahr 2006 um 2,5 Prozent steigen; maßgeblich dafür ist die deutlich verbesserte Finanzlage der Gemeinden (vgl. Boss et al. 2005).

Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte dürften im Jahr 2006 nur unwesentlich rascher expandieren als im Jahr 2005. Die Nettolöhne werden im zentralen Szenario einer schwarz-gelben Koalition nur wenig stärker steigen als in den Vorjahren, da die Senkung der Beitragssätze zur Arbeitslosenversicherung dämpfend auf den Lohnanstieg wirkt. Allerdings wird die Erwerbstätigkeit weiter zunehmen, und dies nicht nur im Bereich der geringfügigen Beschäftigung und der Mini-Jobs. Hingegen werden die Selbständigeneinkommen anders als 2005 kaum steigen. Die Steuerbelastung der privaten Haushalte dürfte im Fall einer schwarz-gelben Koalition in etwa konstant bleiben, im Fall einer Fortführung der rot-grünen Koalition würde sie wohl etwas steigen; hinzu kämen im letzteren Fall höhere Bezüge im Arbeitslosengeld aufgrund verlängerter Bezugszeiten sowie aufgrund der Anhebung der Regelsätze beim Arbeitslosengeld II in Ostdeutschland. Alles in allem rechnen wir für das zentrale Szenario einer Koalition aus CDU/CSU und FDP mit einer Zunahme der verfügbaren Einkommen im Jahr 2006 um 0,8 Prozent; im Fall einer großen Koalition wäre die Zunahme ähnlich hoch, im Fall eines Fortbestehens des derzeitigen Regierungsbündnisses wäre der Anstieg voraussichtlich etwas geringer. In allen Szenarien macht sich der durch den Anstieg der Energiepreise ausgelöste Kaufkraftentzug stark bemerkbar. Die Zunahme der verfügbaren Einkommen wird stets deutlich hinter dem Verbraucherpreisanstieg zurückbleiben. Bei weitgehend unverän-

derter Sparquote erwarten wir im zentralen Szenario eine Abnahme der realen privaten Konsumausgaben um 0,8 Prozent. Die gesamte Inlandsnachfrage dürfte im Jahr 2006 um 0,5 Prozent zurückgehen.

Höhere Inflation aufgrund gestiegener Energiepreise

Der Anstieg der Verbraucherpreise hat sich im Sommer wieder deutlich beschleunigt. Entscheidend hierfür war der erneute Preissprung bei Mineralöl und Mineralölprodukten, der insbesondere zu einem weiteren kräftigen Anstieg der Kraftstoffpreise führte. Die Inflationsrate lag im August bei 1,9 Prozent. Demgegenüber blieb der binnenwirtschaftliche Preisauftrieb unverändert gering. Die Verbraucherpreise ohne Energie sind seit Jahresbeginn sogar rückläufig.

Die Energieverteuerung in den vergangenen Monaten wird aufgrund von Verzögerungseffekten dafür sorgen, dass der Anstieg der Lebenshaltungskosten bis zum Jahresende hoch bleibt. Preiserhöhend wirkt sich zudem die Erhöhung der Tabaksteuer am 1. September um weitere 1,2 Cent je Zigarette aus. Alles in allem dürften die Verbraucherpreise im laufenden Jahr um 1,9 Prozent steigen.

Für die Prognose der Lebenshaltungskosten im kommenden Jahr ist von Bedeutung, welche Rolle man dem von den Unionsparteien geplanten Paket aus Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung und Mehrwertsteuererhöhung für die Preissetzung der Unternehmen beimisst. Wie unten dargelegt, rechnen wir damit, dass sich auch im Fall eines In-Kraft-Tretens dieses Pakets zum 1. Januar 2006 kein nennenswerter Effekt auf die Verbraucherpreise ergeben würde, da sich Be- und Entlastung der Unternehmen letztlich ausgleichen. Wir unterstellen, dass nur zu Beginn des Jahres ein geringfügiger Preisschub resultiert. Maßgeblich für die Preisdynamik im kommenden Jahr ist dann das Wegfallen der preistreibenden Wirkungen der Energieverteuerung – unseren Annahmen zufolge wird der Ölpreis im Prognosezeitraum bei dem derzeit erreichten Niveau von 65 US-Dollar je Barrel liegen –, die zu einer Beruhigung des Preisklimas führen wird. Erst zum Ende des Prognosezeitraums dürfte der Anstieg der Verbraucherpreise aufgrund des etwas höheren Lohnanstiegs leicht anziehen. Im Jahresdurchschnitt werden die Lebenshaltungskosten 2006 voraussichtlich um 1,8 Prozent zulegen.

Nur geringfügige konjunkturelle Besserung am Arbeitsmarkt

Die Zahl der Arbeitslosen ist in den vergangenen Monaten zurückgegangen, die Zahl der Erwerbstätigen gestiegen. Die Entwicklung ist jedoch zum Teil auf arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zurückzuführen, was sich insbesondere in den Veränderungen der Struktur der Erwerbstätigen zeigt. Nach einem deutlichen Rückgang im ersten Quartal stieg die Zahl der Erwerbstätigen im zweiten Quartal um 62 000 Personen (0,2 Prozent). Diese Zunahme verteilte sich fast zu gleichen Teilen auf die Selbständigen und die abhängig Beschäftigten. Dabei stagnierte die Zahl der „Ich-AGs“ im zweiten Quartal annähernd, die Zahl der Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung („Ein-Euro-Jobs“) nahm verstärkt, um knapp 80 000, zu; auch die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten ist wieder gestiegen. Die voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist weiter zurückgegangen. Allerdings ist der Rückgang deutlich schwächer ausgefallen als noch im ersten Quartal; er lässt sich zum Teil dadurch erklären, dass die geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (insbesondere ABM) weiterhin reduziert wurde. Die Zahl der Arbeitslosen geht seit April zurück. Dazu hat zum Teil die Zunahme der „Ein-Euro-Jobs“ beigetragen, die den Rückgang bei traditionellen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen überkompensiert hat. Auch haben sich über die Sommermonate deutlich weniger Personen aus Erwerbstätigkeit arbeitslos gemeldet. Das Arbeitsvolumen (geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen) ist im zweiten Quartal kaum gestiegen (+0,1 Prozent).

Die Tariflöhne dürften im Prognosezeitraum nur moderat steigen. Der relativ hohe Abschluss in der Eisen- und Stahlindustrie (Lohnerhöhung um 3,5 Prozent für zwölf Monate) hatte keine Auswirkung auf die nachfolgenden Abschlüsse. Alles in allem rechnen wir für das laufende Jahr mit einem Anstieg des tariflichen Stundenlohns in der Gesamtwirtschaft um 1,2 Prozent. Bei einer Lohndrift nahe null und einem leichten Rückgang der Belastung durch Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung ab dem 1. Juli 2005 wird der Produzentenreallohn auf Stundenbasis in diesem Jahr leicht zunehmen. Die Entwicklung der Arbeitskosten im Jahr 2006 wird auch durch Gesetzesänderungen nach der Bundestagswahl beeinflusst. Unterstellt man eine Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP, so ist zu erwarten, dass sich die Entlastung der Arbeitnehmer von den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung merklich dämpfend auf den Tariflohnanstieg auswirkt. Dem steht allerdings entgegen, dass die Arbeitnehmer ab dem zweiten Halbjahr 2005 durch erhöhte Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung belastet werden, was für sich genommen zu höheren Tariflohnforderungen führen dürfte. Außerdem ist zu erwarten, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer dann vom Tarifvertrag (hinsichtlich Entlohnung und/oder Arbeitszeit) abweichen dürfen, wenn dadurch die Arbeitsplatzsicherheit erhöht wird. Eine solche Regelung dürfte sich tendenziell dämpfend auf

die Lohnzuwächse auswirken.⁵ Eine weitere Regelung, nach der ehemalige Empfänger von Arbeitslosengeld II in den ersten zwei Jahren nach der Neueinstellung bis zu 10 Prozent unter Tarif bezahlt werden können, dürfte lohnsenkend wirken.⁶ Im Falle einer Regierungskoalition von SPD und Bündnis 90/Die Grünen deuten die Aussagen in den Wahlprogrammen auf eine Arbeitsmarktpolitik hin, die den Lohndruck erhöht, wobei eine Beteiligung der Partei Die Linke.PDS die Tendenz zu einer solchen Arbeitsmarktpolitik noch verstärken dürfte. Insbesondere wären Maßnahmen zur Einführung eines Mindestlohns zu erwarten. Unter der Annahme einer Regierungsübernahme durch eine schwarz-gelbe Koalition dürften die Tariflöhne im Jahr 2006 annähernd unverändert zunehmen, zumal die bisher in diesem Jahr getroffenen moderaten Tarifvereinbarungen auch noch in das folgende Jahr hineinreichen.

Der tendenziell beschäftigungsfreundlichen Lohnpolitik steht die zunächst noch schwache konjunkturelle Dynamik der Arbeitsnachfrage entgegen. Die Zahl der Erwerbstätigen wird zwar weiter steigen. Der Anstieg resultiert jedoch primär aus einer weiteren Zunahme der Zahl der „Ein-Euro-Jobs“ sowie der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse. Die Zahl der „Ich-AGs“ dürfte hingegen kaum noch steigen. Zum einen dürfte die Zahl der Neubewilligungen langsam zurückgehen, weil die Anspruchsvoraussetzungen verschärft wurden und mit der Einführung des Sozialgesetzbuchs II der anspruchsberechtigte Personenkreis deutlich kleiner geworden ist. Zum anderen dürfte es vermehrt zu Geschäftsaufgaben kommen, weil u.a. immer mehr Gründer ins zweite bzw. dritte Jahr der Förderung rücken, in denen die Zuschüsse geringer werden. Der Rückgang der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten dürfte bis zum Jahresende zum Stillstand kommen. Alles in allem ergibt sich im Jahresdurchschnitt ein Anstieg der Erwerbstätigkeit um 0,3 Prozent auf knapp 39,0 Mill. Erwerbstätige (Tabelle 6). Für das Jahr 2006 erwarten wir bei sich leicht belebender Konjunktur eine etwas stärkere Zunahme, dann wird auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung steigen.

Das Arbeitsvolumen dürfte in diesem Jahr leicht abnehmen. Zwar steigt die Zahl der Erwerbstätigen, jedoch sinkt die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen. Die Arbeitszeit der Vollzeit-Beschäftigten wird sich aufgrund von Tarifvereinbarungen leicht erhöhen; gleichzeitig steigt der Anteil der Teilzeitbeschäftigung in Form der geringfügig entlohnten Beschäftigung sowie der „Ein-Euro-Jobs“, und die Anzahl der Arbeitstage sinkt. Für das Jahr 2006 rechnen wir mit einem leichten Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Arbeits-

⁵ Darauf deuten die Erfahrungen infolge des aktuellen Tarifvertrags in der Metallindustrie hin. In dem Tarifvertrag wurde für die Betriebe die Möglichkeit geschaffen, von tariflichen Mindeststandards abzuweichen. Diese Regelung ist in der Folge in mehreren Unternehmen angewendet worden.

⁶ Dies stellt nur für tarifgebundene Unternehmen eine Änderung gegenüber geltendem Recht dar.

volumens. Zwar verringert sich die Zahl der Arbeitstage nochmals, doch erwarten wir einen verstärkten Anstieg der Erwerbstätigkeit, insbesondere der Zahl der Vollzeit-Beschäftigten. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte im Prognosezeitraum leicht beschleunigt abnehmen. Dafür dürften in diesem Jahr primär Sondereffekte infolge der Hartz IV-Reform verantwortlich sein (vgl. hierzu Boss et al. 2005: 163). Für das Jahr 2006 erwarten wir einen weiteren Rückgang der Arbeitslosenzahl, der primär konjunkturell bedingt ist.

Tabelle 6:
Arbeitsmarkt 2003–2006 (1 000 Personen)

| | 2003 | 2004 | 2005 ^a | 2006 ^a |
|---|--------|--------|-------------------|-------------------|
| Deutschland | | | | |
| Erwerbstätige (Inland) | 38 722 | 38 868 | 38 974 | 39 228 |
| Selbständige ^b | 4 072 | 4 218 | 4 374 | 4 470 |
| Existenzgründungszuschüsse („Ich-AGs“) | 41 | 154 | 264 | 304 |
| Arbeitnehmer (Inland) | 34 650 | 34 650 | 34 600 | 34 759 |
| Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ^c | 27 007 | 26 561 | 26 193 | 26 214 |
| Ausschließlich geringfügig Beschäftigte ^c | 4 319 | 4 742 | 4 879 | 4 999 |
| Pendlersaldo | 90 | 86 | 96 | 97 |
| Erwerbstätige (Inländer) | 38 632 | 38 782 | 38 878 | 39 131 |
| Arbeitnehmer ^c (Inländer) | 34 560 | 34 564 | 34 504 | 34 661 |
| Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland, Mill. Stunden) | 55 539 | 55 962 | 55 878 | 56 015 |
| Registrierte Arbeitslose ^d | 4 377 | 4 381 | 4 824 | 4 501 |
| Arbeitslosenquote ^e (Prozent) | 10,5 | 10,6 | 11,7 | 10,8 |
| Erwerbslose nach dem ILO-Konzept | 3 703 | 3 931 | 3 998 | 3 905 |
| <i>Nachrichtlich:</i> | | | | |
| Erwerbslosenquote (Prozent) nach dem ILO-Konzept ^f | 8,7 | 9,2 | 9,3 | 9,1 |
| Westdeutschland (ohne Berlin) | | | | |
| Erwerbstätige ^g (Inland) | 31 114 | 31 226 | 31 318 | 31 525 |
| Registrierte Arbeitslose | 2 753 | 2 781 | 3 063 | 2 857 |
| Arbeitslosenquote ^e (Prozent) | 8,4 | 8,5 | 9,3 | 8,6 |
| Ostdeutschland (einschl. Berlin) | | | | |
| Erwerbstätige ^g (Inland) | 7 200 | 7 216 | 7 237 | 7 285 |
| Registrierte Arbeitslose | 1 624 | 1 600 | 1 762 | 1 644 |
| Arbeitslosenquote ^e (Prozent) | 18,5 | 18,4 | 19,8 | 18,7 |

^aPrognose. — ^bEinschließlich mithelfender Familienangehöriger. — ^cBerechnet als Durchschnitt der Monatswerte. — ^dAufgrund von technischen Problemen besteht seit Jahresbeginn eine Untererfassung der Arbeitslosigkeit (Bundesagentur für Arbeit 2005: 4–5). Das Ausmaß beträgt in etwa 80 000 Personen im Monatsdurchschnitt. In den ausgewiesenen Zahlen ist die Personengruppe bereits enthalten. — ^eBundesagentur für Arbeit; bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. — ^fErwerbslose in Prozent der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Erwerbslose). — ^gDie Anpassung der Erwerbstätigenzahlen für Ost- und Westdeutschland an die revidierten Erwerbstätigenzahlen steht noch aus.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, *Amtliche Nachrichten* (lfd. Jgg.); Bundesagentur für Arbeit, *Arbeitsmarkt in Zahlen – Geringfügig entlohnte Beschäftigung* (lfd. Jgg.); Bundesagentur für Arbeit, *Arbeitsmarkt in Zahlen – Beschäftigung in Deutschland* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2* (lfd. Jgg.); Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (2005); eigene Schätzungen und Prognosen.

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der Erwerbstätigkeit wird auch davon abhängen, wie die nächste Regierung die Arbeitsmarktpolitik im weitesten Sinne⁷ gestalten wird. Hinsichtlich der aktiven Arbeitsmarktpolitik ist bei einer Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP mit einer weiteren Einschränkung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen zu rechnen. In diesem Zusammenhang fordert insbesondere die CDU die Abschaffung der „Ich-AGs“. Zwar hat sich die „Ich-AG“ zu einem quantitativ bedeutenden Instrument der aktiven Arbeitsmarktpolitik entwickelt. In Anbetracht des geplanten Bestandschutzes für bereits genehmigte „Ich-AGs“, der zeitlichen Dauer der Umsetzung einer solchen Entscheidung sowie eines möglichen starken Anstiegs im Vorfeld der Abschaffung ist nicht damit zu rechnen, dass deren Zahl sofort deutlich zurückgehen wird. Alles in allem erwarten wir für den Prognosezeitraum, dass sich die Arbeitsmarktpolitik nur wenig ändert.

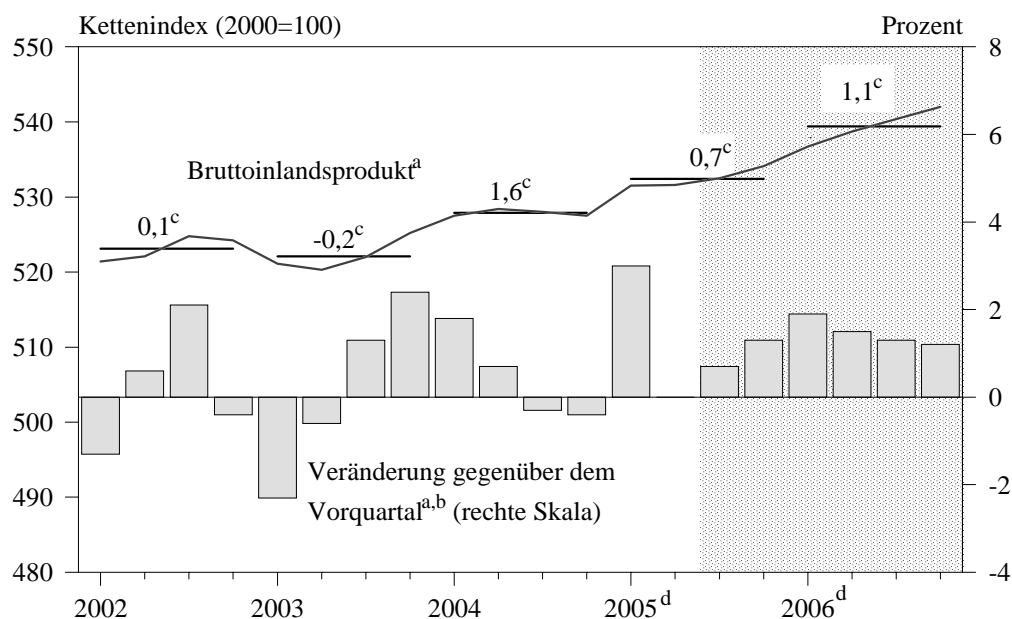
Ausblick: Spürbare Erholung der Konjunktur ...

Zum Jahresende dürfte sich der Produktionsanstieg leicht beschleunigen (Abbildung 2). Die Impulse kommen dabei ausschließlich aus dem Ausland; mit der konjunkturellen Erholung im übrigen Euroraum werden die Exporte deutlich beschleunigt expandieren. Die Binnennachfrage dürfte dagegen etwas abnehmen, nicht zuletzt weil die Konsumfreude der privaten Haushalte durch den Ölpreisanstieg gedämpft wird (Tabelle 7).

Im kommenden Jahr gewinnt der gesamtwirtschaftliche Produktionsanstieg zunächst weiter etwas an Schwung. Die Dynamik der Auslandsnachfrage bleibt hoch, da dem allmählichen Entfallen der anregenden Wirkungen der Abwertung des Euro zunächst eine weitere Verbesserung der Konjunktur bei den Handelspartnern, insbesondere im übrigen Euroraum, gegenübersteht. Im Basis-Szenario des In-Kraft-Tretens des von der CDU/CSU angestrebten Pakets aus Beitragssatzsenkung und Mehrwertsteuererhöhung dürfte sich zunächst sogar noch eine leichte Beschleunigung der Ausfuhr aufgrund der gesteigerten internationalen Wettbewerbsfähigkeit ergeben. Hinzu kommt der raschere Anstieg der Unternehmensinvestitionen, die durch günstige Absatzaussichten, vergleichsweise niedrige Kosten und steuerliche Entlastungen stimuliert werden. Die privaten Konsumausgaben werden infolge der Verschlechterung der Terms of Trade merklich sinken. Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche

⁷ Zu den Beschäftigungseffekten einer Senkung der Lohnnebenkosten in Kombination mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer vgl. am Ende dieses Beitrags „Exkurs: Effekte einer Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags und einer gleichzeitigen Anhebung der Mehrwertsteuer“.

Abbildung 2:
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland 2002–2006



^aArbeitstäglich- und saisonbereinigt. — ^bAuf Jahresrate hochgerechnet. — ^cVeränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. — ^dAb 2005 III: Prognose.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Wirtschaft und Statistik* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Tabelle 7:

Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 2004, 2005 und 2006^a

| | 2004 | | | | 2005 | | | | 2006 | | | |
|--|--------|--------|--------|--------|--------------------|--------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| | 1.Q. | 2.Q. | 3.Q. | 4.Q. | 1.Q. | 2.Q. | 3.Q. ^b | 4.Q. ^b | 1.Q. ^b | 2.Q. ^b | 3.Q. ^b | 4.Q. ^b |
| Bruttoinlandsprodukt | 1,8 | 0,7 | -0,3 | -0,4 | 3,0 | 0,0 | 0,7 | 1,3 | 1,9 | 1,5 | 1,3 | 1,2 |
| Private Konsumausgaben | 1,9 | -0,9 | 0,2 | 3,1 | -2,0 | -1,1 | 0,8 | 0,0 | -2,0 | -1,0 | 0,0 | 0,5 |
| Konsumausgaben des Staates | -4,0 | -1,8 | 1,8 | -7,4 | 2,3 | 2,5 | -0,4 | -0,8 | 0,4 | 0,4 | 0,4 | 0,4 |
| Ausrüstungsinvestitionen | -7,7 | 7,3 | 18,8 | -5,6 | 6,5 | 2,5 | 0,8 | 2,4 | 4,3 | 3,8 | 2,3 | 1,3 |
| Bauinvestitionen | -7,7 | -7,0 | -6,1 | 0,5 | -12,5 | -0,7 | -5,7 | 0,9 | -1,7 | -0,9 | -0,8 | 0,0 |
| Sonstige Anlagen | -5,2 | 1,5 | 3,4 | 6,5 | -2,1 | 1,4 | 2,9 | 4,7 | 6,5 | 6,0 | 4,5 | 3,5 |
| Vorratsveränderungen ^c | 0,1 | -0,5 | 2,6 | -0,5 | 0,0 | 1,3 | -1,3 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,1 |
| Inländische Verwendung | -1,0 | -1,7 | 3,9 | -0,4 | -1,7 | 1,3 | -1,5 | 0,2 | -0,9 | -0,3 | 0,2 | 0,6 |
| Ausfuhr | 13,8 | 13,6 | -2,0 | 1,9 | 10,3 | 4,9 | 14,0 | 7,0 | 8,0 | 7,0 | 6,0 | 4,0 |
| Einfuhr | 6,6 | 8,1 | 9,8 | 2,1 | -2,4 | 9,5 | 10,0 | 5,0 | 1,0 | 3,0 | 4,0 | 3,0 |
| Beschäftigte Arbeitnehmer im Inland ^d | 34 639 | 34 666 | 34 661 | 34 635 | 34 507 | 34 533 | 34 622 | 34 729 | 34 749 | 34 739 | 34 764 | 34 779 |
| Arbeitslose ^d | 4 306 | 4 369 | 4 415 | 4 461 | 4 928 ^e | 4 953 ^e | 4 774 | 4 642 | 4 572 | 4 537 | 4 482 | 4 412 |

^aKettenindizes. Saison- und arbeitstäglich bereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet (Prozent). — ^bPrognose. — ^cLundberg-Komponente. — ^dIn 1 000 Personen. — ^eAufgrund von technischen Problemen besteht seit Jahresbeginn eine Untererfassung der Arbeitslosigkeit (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2005: 4–5). In den hier ausgewiesenen Zahlen ist diese Personengruppe bereits enthalten. Nach vorläufigen Berechnungen beträgt deren Ausmaß annähernd 80 000 Personen im Monatsdurchschnitt.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Tabelle 8:
Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 2003–2006

| | 2004 | 2003 | 2004 | 2005 ^a | 2006 ^a |
|--|---------|--|--------|-------------------|-------------------|
| | Mrd. € | Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent | | | |
| Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Vorjahrespreisen | | | | | |
| Bruttoinlandsprodukt | | -0,2 | 1,6 | 0,7 | 1,1 |
| Private Konsumausgaben | | 0,1 | 0,6 | -0,3 | -0,8 |
| Konsumausgaben des Staates | | 0,1 | -1,6 | -0,4 | 0,2 |
| Anlageinvestitionen | | -0,8 | -0,2 | -1,5 | 0,4 |
| Ausrüstungsinvestitionen | | -0,2 | 2,6 | 3,5 | 2,3 |
| Bauinvestitionen | | -1,6 | -2,3 | -5,7 | -1,5 |
| Sonstige Anlagen | | 3,3 | 1,8 | 2,1 | 4,9 |
| Vorratsveränderung ^b | | 0,6 | 0,5 | 0,2 | -0,1 |
| Ausfuhr | | 2,4 | 9,3 | 6,3 | 7,2 |
| Einfuhr | | 5,1 | 7,0 | 4,6 | 3,8 |
| Außenbeitrag (Mrd. €) | | -0,7 | 1,1 | 0,9 | 1,6 |
| Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen | | | | | |
| Bruttoinlandsprodukt | 2 215,7 | 0,9 | 2,4 | 1,0 | 0,5 |
| Private Konsumausgaben | 1 312,5 | 1,7 | 1,9 | 1,3 | 1,4 |
| Konsumausgaben des Staates | 412,8 | 0,8 | -0,6 | 0,4 | 0,7 |
| Anlageinvestitionen | 384,9 | -2,2 | 0,1 | -1,4 | 0,7 |
| Ausrüstungsinvestitionen | 149,4 | -3,2 | 1,7 | 2,7 | 2,2 |
| Bauinvestitionen | 63,3 | -0,6 | 0,6 | -4,1 | 0,2 |
| Sonstige Anlagen | 24,9 | -1,6 | -1,1 | -4,5 | -0,9 |
| Vorratsveränderung (Mrd. €) | -4,0 | -11,6 | -4,0 | 2,3 | 2,8 |
| Ausfuhr | 842,8 | 0,9 | 9,1 | 6,9 | 5,8 |
| Einfuhr | 733,4 | 2,5 | 7,0 | 7,6 | 8,2 |
| Außenbeitrag (Mrd. €) | 109,5 | 87,6 | 109,5 | 112,5 | 99,8 |
| Bruttonationaleinkommen | 2 216,0 | 1,2 | 3,2 | 0,9 | 0,7 |
| Deflatoren | | | | | |
| Bruttoinlandsprodukt | | 1,0 | 0,8 | 0,4 | -0,6 |
| Private Konsumausgaben | | 1,5 | 1,4 | 1,5 | 2,2 |
| Konsumausgaben des Staates | | 0,7 | 0,9 | 0,8 | 0,5 |
| Ausrüstungsinvestitionen | | -3,1 | -1,0 | -0,8 | -0,1 |
| Bauinvestitionen | | 0,0 | 1,3 | 1,0 | 0,8 |
| Sonstige Anlagen | | -3,4 | -0,2 | -0,7 | -0,9 |
| Ausfuhr | | -1,5 | -0,2 | 0,6 | -1,3 |
| Einfuhr | | -2,5 | 0,0 | 2,9 | 4,3 |
| <i>Nachrichtlich: Verbraucherpreise</i> | | 1,1 | 1,6 | 1,9 | 1,8 |
| Einkommensverteilung | | | | | |
| Volkseinkommen | 1 658,3 | 1,2 | 3,6 | 1,0 | -0,4 |
| Arbeitnehmerentgelt | 1 134,5 | 0,2 | 0,3 | -0,2 | 0,6 |
| in Prozent des Volkseinkommens | | 70,7 | 68,4 | 67,6 | 68,3 |
| Unternehmens- und Vermögenseinkommen | 523,8 | 3,6 | 11,7 | 3,7 | -2,6 |
| Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte | 1 447,4 | 2,1 | 2,1 | 1,3 | 1,1 |
| Sparquote | | 10,3 | 10,5 | 10,5 | 10,4 |
| Lohnstückkosten, real ^c | | -0,3 | -1,7 | -0,8 | 0,3 |
| Produktivität ^d | | 1,2 | 0,9 | 0,8 | 0,9 |
| Arbeitslose (1 000) | | 4 377 | 4 381 | 4 824 | 4 501 |
| Arbeitslosenquote (Prozent) | | 10,5 | 10,6 | 11,7 | 10,8 |
| Erwerbstätige ^e (1 000) | | 38 722 | 38 868 | 38 974 | 39 228 |
| Finanzierungssaldo des Staates | | | | | |
| in Mrd. € | | -86,6 | -81,2 | -81,2 | -75,6 |
| in Prozent des Bruttoinlandsprodukts | | -4,0 | -3,7 | -3,6 | -3,4 |
| Schuldenstand ^f | | 63,2 | 64,9 | 66,7 | 68,7 |

^aPrognose. — ^bLundberg-Komponente. — ^cArbeitnehmerentgelt je Beschäftigten bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. — ^dBruttoinlandsprodukt festen Preisen je geleisteter Erwerbstätigenstunde. — ^eInlandskonzept. — ^fIn Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.); eigene Schätzungen und Prognosen.

Kapazitätsauslastung bis zur Jahresmitte 2006 zunehmen. Mit dem Nachlassen der weltwirtschaftlichen Antriebskräfte beruhigt sich der Produktionsanstieg in der zweiten Jahreshälfte dann etwas. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird im Durchschnitt des laufenden Jahres voraussichtlich um 0,7 Prozent steigen. Für das kommende Jahr erwarten wir eine Zunahme um 1,1 Prozent (Tabelle 8). Für den Fall, dass die durch eine Mehrwertsteuererhöhung finanzierte Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung nicht in Kraft tritt, dürfte der Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts geringfügig niedriger ausfallen, da sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit nicht so stark verbessert und daher die Exporte nicht so stark stimuliert werden.

... Chancen für ein höheres Potentialwachstum?

Die von den Parteien vor der Bundestagswahl in ihren Programmen geäußerten Vorstellungen zur Wirtschaftspolitik dürften, wenn sie denn umgesetzt werden, nicht nur die Konjunktur im Jahr 2006 beeinflussen. Sie haben darüber hinaus Implikationen für das Potentialwachstum. Diese sind bedeutsamer als die konjunkturellen Konsequenzen im kommenden Jahr. Mit welchen Wirkungen auf das mittelfristige Wachstum ist zu rechnen, wenn man die Aussagen der Parteien in ihren aktuellen Programmen zugrunde legt?

Auffällig ist zunächst, dass angesichts der Programme der großen Parteien für die nächsten Jahre eine deutliche Verringerung der Staatsausgaben nicht zu erwarten ist. Damit wird die Chance vertan, die Steuern kräftig zu senken, die Arbeits- und die Investitionsanreize zu stärken und das Wachstum des Produktionspotentials zu kräftigen. Lediglich im Fall einer schwarz-gelben Koalition dürfte es – auch dann wohl erst mittelfristig – zu einer Steuerentlastung und insofern zu stärkeren Leistungsanreizen kommen. Wird die Mehrwertsteuer erhöht, so schwächt dies – für sich genommen – sogar die zaghaften Ansätze, Staatsausgaben zu senken. Eine Beitragssatzsenkung verbunden mit einer Mehrwertsteuererhöhung verringert – entgegen verbreiteter Meinung – die Steuer auf den Arbeitseinsatz kaum, die Beschäftigung wird durch eine solche „Umschichtung“ der Staatseinnahmen nur wenig gefördert und das Wachstum der Wirtschaft nur wenig gestärkt (vgl. den nächsten Abschnitt).

Auch auf dem Weg der Tariflohnsetzung sind kaum verstärkte Impulse für Wachstum und Beschäftigung zu erwarten. Die Lohnhöhe und die Lohnstruktur (insbesondere die unzureichende Differenzierung der Löhne nach Qualifikationen) spielen in den Programmen der Parteien eine untergeordnete Rolle. Zwar werden die Lohnnebenkosten (in Form der Sozialversicherungsbeiträge) als beschäftigungshemmender Faktor problematisiert, es wird aber ver-

drängt, dass die Arbeitskosten insgesamt die Beschäftigung maßgeblich determinieren, dass also nicht nur an den Lohnnebenkosten angesetzt werden kann, wenn die Beschäftigung steigen soll. Eine Diskussion über Niveau und Struktur der Löhne und (damit verbunden) das Sozialleistungsniveau, das in bestimmten Fällen einen faktischen Mindestlohn impliziert, wird offenbar gescheut.

In einer Hinsicht enthalten die Programme einiger Parteien aber Ansätze zu einer Kräftigung des Wirtschaftswachstums. Sie betreffen die institutionellen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt. Wird der Arbeitsmarkt in der Weise dereguliert, dass beispielsweise mehr Spielraum für die Lohnsetzung auf Betriebsebene geschaffen wird, dann entsteht die Aussicht auf eine Zunahme der Beschäftigung. Das Potentialwachstum wird gestärkt.

Insgesamt sind in Abhängigkeit vom Wahlausgang zwar unterschiedliche Einflüsse auf das Produktionspotential zu erwarten, es ist aber – legt man die Wahlprogramme der Parteien zugrunde – in keinem Fall damit zu rechnen, dass sich das Wachstum des Produktionspotentials deutlich beschleunigt. Möglich ist aber, dass grundlegende Reformen, die möglicherweise in späteren Jahren beschlossen werden (z.B. im Gesundheitswesen oder im Bildungssektor), das Wachstum des Produktionspotentials spürbar verstärken.

Exkurs: Effekte einer Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags und einer gleichzeitigen Anhebung der Mehrwertsteuer

Die CDU/CSU will die Mehrwertsteuer um 2 Prozentpunkte erhöhen und den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung in gleichem Ausmaß senken. Eine Anhebung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer um zwei Prozentpunkte auf 18 Prozent spült – bei gegebener Steuerbasis – 16 Mrd. Euro in die öffentlichen Kassen. Eine Reduktion des Beitragssatzes in der Arbeitslosenversicherung um zwei Prozentpunkte auf 4,5 Prozent hat – bei gegebener Lohnsumme der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – Mindereinnahmen in Höhe von 14,6 Mrd. Euro zur Folge (jeweils geschätzt für das Jahr 2006). Beide Maßnahmen zusammen bedeuten demnach in etwa eine aufkommensneutrale „Umschichtung“ der Staatseinnahmen. Im Folgenden wird dargestellt, wie sich diese auf die Bruttolöhne, die Beschäftigung, das Preisniveau und die Finanzlage des Staates und seiner Teilsektoren auswirken würde.

Basis der Mehrwertsteuer ist grundsätzlich die Differenz aus dem Umsatz einerseits und der Summe aus Vorleistungen und Investitionsausgaben andererseits. Diese Differenz entspricht der Summe aus der Lohnsumme und dem realwirtschaftlichen Überschuss (Reingewinn); da-

bei ist die Lohnsumme die weitaus bedeutsamere Komponente.⁸ In der Ausgestaltung des deutschen Steuerrechts trifft die Mehrwertsteuer – was die Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts angeht – den größten Teil des privaten Konsums, große Teile der Konsumausgaben des Staates, die Wohnungsbauinvestitionen und die öffentlichen Investitionen; private Investitionen (ausschließlich der Wohnungsbauinvestitionen, aber einschließlich der Vorratsänderung) und der Saldo aus den Exporten abzüglich Importen (Außenbeitrag) sind steuerbefreit (vgl. hierzu Boss 1998). Im Folgenden wird zunächst von der Besteuerung einzelner Komponenten der Staatsausgaben, von der Steuerbefreiung der Exporte und von der Besteuerung der Importe abstrahiert. Auch wird die Besteuerung des Reingewinns zunächst nicht berücksichtigt.

Bemessungsgrundlage der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung ist grundsätzlich die Lohnsumme. Die Beiträge begründen zwar im Prinzip einen Anspruch auf Leistungen wie vor allem das Arbeitslosengeld (Äquivalenzprinzip), sie haben aber zu großen Teilen den Charakter einer Steuer auf den Arbeitseinsatz. So sind die Anspruchsvoraussetzungen beim Arbeitslosengeld nicht klar nach versicherungsmathematischen Prinzipien festgelegt; vor allem aber wird ein hoher Teil der Beitragseinnahmen verwendet, um allgemeine Staatsausgaben (wie die für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen) zu finanzieren. Im Folgenden werden die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung als Steuern betrachtet; dies dürfte jedenfalls für das Ausmaß, in dem sie gesenkt werden sollen, zutreffend sein.

Unternehmen, deren Produkte dem Regelsatz der Mehrwertsteuer unterliegen, werden infolge der Änderung der Mehrwertsteuer belastet,⁹ im Ausmaß der Änderung des Arbeitgeberbeitrags (1 Prozentpunkt) aber entlastet.¹⁰ Die Beschäftigten erhalten wegen des reduzierten Arbeitnehmerbeitrags einen erhöhten Nettolohn. Es ändert sich also, was die Lohnsummen-

⁸ Während die Mehrwertsteuer diese beiden Komponenten des Einkommens belastet, wird Kapitaleinkommen im Sinne einer Normalverzinsung des Kapitals (Rendite eines marginalen risikolosen Investitionsobjekts) durch eine Mehrwertsteuer vom Konsumtyp – anders als durch eine Einkommensteuer (mit umfassender Bemessungsgrundlage) – nicht besteuert (vgl. hierzu Hubbard 1997).

⁹ Wenn Produkte mit dem ermäßigten Satz von 7 Prozent besteuert werden oder steuerbefreit sind, dann sind die Wirkungen anders und teilweise komplex. Zu bedenken ist beispielsweise, dass steuerbefreite Produkte durch die Änderung des Regelsatzes getroffen werden können, wenn die Steuerbefreiung nicht mit dem Recht auf Vorsteuerabzug einhergeht; „Steuerbefreiung“ heißt in diesem Fall Befreiung von der Mehrwertsteuer auf die zusätzliche Wertschöpfung und nicht Null-Besteuerung.

¹⁰ Der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerbeitrag werden im Verhältnis zum Bruttolohn (Bruttoarbeitsentgelt) festgesetzt. Die Komponente der Mehrwertsteuer, die als Lohnsummensteuer wirkt, ist eine Steuer in Relation zum Bruttolohn einschließlich des Arbeitgeberbeitrags. Eine aufkommensneutrale „Umschichtung“ der Einnahmen des Staates wird daher nur erreicht, wenn die Beitragssatzsenkung, in Prozentpunkten gerechnet, größer ausfällt als die Anhebung der Mehrwertsteuer. Dies wird im Folgenden der Einfachheit halber unterstellt.

komponente der Mehrwertsteuer und die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung insgesamt betrifft, die Aufteilung der Zahllast auf Unternehmen und Beschäftigte: Unternehmen zahlen höhere, die Beschäftigten niedrigere Abgaben. Dies ist aber lediglich der unmittelbare Effekt. Mittelfristig führt die reduzierte Beitragsbelastung der Arbeitnehmer (bei gegebenem Wettbewerbsgrad auf den Güter- und den Arbeitsmärkten) dazu, dass der Bruttolohn im Ausmaß der Rückführung des Arbeitnehmerbeitrags geringer ist, als er sonst gewesen wäre. Die Unternehmen können dies – in der Regel im Zuge der anstehenden Tariflohnvereinbarungen, sonst über individuelle Reaktionen der Arbeitsanbieter – durchsetzen. Letztlich werden die Unternehmen in Höhe der gesamten Beitragssatzreduktion entlastet und in Form der höheren Mehrwertsteuer belastet.¹¹ Die Nettolöhne der Beschäftigten (und insoweit das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte) ändern sich auf die mittlere Sicht nicht.¹²

Hinter dieser Einschätzung steht letztlich, dass sich im Sinne der Standardtheorie der Besteuerung die ökonomische Traglast von der Zahllast unterscheidet. Erstere hängt von den jeweiligen Angebots- und Nachfrageverhältnissen ab, sie kann (unter sonst gleichen Umständen) nicht dadurch verändert werden, dass die Zahllast anders zugeordnet wird. Isolierte Veränderungen der Beitragssätze, die die Zahllast von Arbeitgebern und Arbeitnehmern betreffen, oder Veränderungen der Beitragssätze in Kombination mit Veränderungen der Mehrwertsteuersätze, die den gesamten Abgabenkeil konstant lassen, sind, abgesehen von einem Einfluss auf die Steuer auf den Reingewinn, einander äquivalent und haben – jedenfalls mittelfristig – keine Wirkung auf die Arbeitskosten, die Beschäftigung und die Gewinne. Die Äquivalenz ist im Übrigen der Grund dafür, dass bei einer Messung der Abgabenbelastung des Produktionsfaktors Arbeit üblicherweise neben den Beiträgen zur Sozialversicherung die Mehrwertsteuer einbezogen wird (vgl. hierzu z.B. Leibfritz et al. 2000: 43–44; Anhang 3).

Nach diesen Überlegungen gibt es für die von der Änderung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer betroffenen Unternehmen (in allen Branchen) – jedenfalls mittelfristig – keinen Anlass, die Preise zu erhöhen. Es gibt auch keine Möglichkeit, höhere Preise durchzusetzen. Zwar mag es Versuche geben, die Preise anzuheben und die Gewinnmarge zu vergrößern, diese Versuche werden aber (bei gegebener Geldpolitik und gegebener Wettbewerbsintensität)

¹¹ Dieser Effekt tritt verzögert ein, weil Tarifverträge eine gewisse Laufzeit haben oder andere Rigiditäten den Marktmechanismus beeinträchtigen. Lohnrigiditäten führen dazu, dass Verschiebungen der Zahllast auf die ökonomische Traglast durchschlagen, bis die Anpassung vollzogen ist (zur gesamten Argumentation und zu den Bedingungen, unter denen sie gilt, vgl. Sachverständigenrat 2004/05: Ziffer 337; insbesondere Kasten 18).

¹² Denselben Effekt – wenngleich in umgekehrter Richtung – hat die Verschiebung der Belastung durch den Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung im Juli 2005. Ein Beitrag in Höhe von 0,45 Prozent ist seither von den Arbeitnehmern zusätzlich zu entrichten, während die Arbeitgeber in gleichem Ausmaß weniger zahlen. Dies erhöht bei gegebener Wettbewerbsintensität den Bruttolohn im Sinne des Abgabenrechts.

letztlich erfolglos sein.¹³ Die Argumentation, die Zusatzlast durch die Mehrwertsteuer werde – mindestens zu einem nennenswerten Teil – überwältigt, kann nicht überzeugen, solange nicht dargelegt wird, warum die angeblich vorhandenen Preiserhöhungsspielräume nicht im Status quo genutzt werden. Wenn es doch zu einem Anstieg des Preisniveaus käme, dann müsste er anderen Einflussfaktoren zugerechnet werden.

Unternehmen, deren Produkte ermäßigt oder nicht besteuert werden, werden durch die Anhebung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer in der Regel nicht belastet; sie profitieren aber von der Beitragssatzsenkung. Dies dürfte preisdämpfend wirken.

Soll abgeschätzt werden, wie die Anhebung der Mehrwertsteuer auf das Preisniveau wirkt, dann sind Erfahrungen mit bisherigen Erhöhungen der Mehrwertsteuer (z.B. im April 1998 und im Januar 1993) wenig hilfreich. Damals wurden die Beiträge nicht gesenkt, es gab also für die Unternehmen Anlass, die Preise zu erhöhen. Auch war die Geldpolitik noch eigenständig; möglicherweise hat die Deutsche Bundesbank auf die Mehrwertsteuererhöhung reagiert und eine etwas raschere monetäre Expansion zugelassen.

Eine „Umschichtung“ der Staatseinnahmen entsprechend dem CDU/CSU-Vorschlag wirkt positiv auf die Beschäftigung. Der Effekt tritt in dem Maße ein, in dem die Mehrwertsteuer als (beschäftigungsneutral wirkende) Reingewinnsteuer einen Teil der Beitragsbelastung, die den Arbeitseinsatz betrifft, ersetzt. Der Effekt ist gering, handelt es sich doch beim Reingewinn um den Teil des Volkseinkommens, der nicht Arbeitseinkommen und nicht „normales“ Kapitaleinkommen ist.¹⁴ Insoweit als die Mehrwertsteuer eine Lohnsummensteuer darstellt, tritt bei ihrer Anhebung kein Beschäftigungseffekt auf, wenn die Beitragsbelastung in gleichem Ausmaß sinkt. Für die Beschäftigungswirkungen dieses Teils der „Umschichtung“ der Staatseinnahmen ist – jedenfalls mittelfristig – nicht die Verteilung des Gesamtbeitrags auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sondern der Gesamtabgabenteil entscheidend; er ändert sich aber unter den gesetzten Annahmen (vgl. insbesondere Fußnote 10) nicht.

¹³ Dies würde im Jahr 2006 mit großer Wahrscheinlichkeit rasch sichtbar, weil dem beschriebenen Druck auf den Bruttolohn seit Juli 2005 ein lohnsteigernder Effekt infolge der Änderung der Zahllast bei den Krankenversicherungsbeiträgen entgegensteht. Diese Änderung ab Juli 2005 erhöht mittelfristig den Bruttolohn; sie entspricht etwa dem halben Ausmaß der Änderung, zu der die Mehrwertsteuererhöhung zusammen mit der Beitragssatzsenkung führt.

¹⁴ Bei Einzelunternehmen und Personengesellschaften belastet die Mehrwertsteuer auch den (kalkulatorischen) Unternehmerlohn. Bisher war implizit unterstellt worden, dass Unternehmen in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft agieren.

Berücksichtigt man den Außenhandel, dann ergibt sich als Folge der „Umschichtung“ der Staatseinnahmen, dass die Beschäftigung dadurch gestärkt wird, dass die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen zunimmt. Dies beruht darauf, dass Sozialversicherungsbeiträge nach dem Ursprungslandprinzip, die Mehrwertsteuer grundsätzlich nach dem Bestimmungslandprinzip festgesetzt werden. Wegen der geringeren Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sinken die Produktionskosten in Deutschland; daran ändert sich bei grenzüberschreitenden Transaktionen nichts. Es entsteht also ein Kostenvorteil. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer hat keinen – gegenläufigen – Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit. Die Mehrwertsteuer wird im Ausland nach dem Bestimmungslandprinzip erhoben. Per saldo sind die Preise bei Auslandsabsatz – bei gegebener Mehrwertsteuer im Ausland – geringer als sonst. Die Exporte steigen. Die Importe nehmen ab, weil ausländische Produkte durch die erhöhte Mehrwertsteuer getroffen werden. Produkte aus der heimischen Produktion unterliegen beim Verkauf im Inland zwar auch der höheren Mehrwertsteuer, werden aber wegen der Beitragssenkung billiger. Die Reduktion der Beiträge bei gleichzeitiger Anhebung der Mehrwertsteuer wirkt, für sich genommen, wie eine reale Abwertung.

Reaktionen des Wechselkurses können die skizzierten Auswirkungen auf Exporte und Importe verändern. Innerhalb der Europäischen Währungsunion (EWU) können Wechselkurseffekte aber nicht eintreten. Andere EWU-Länder können allerdings durch Lohnzurückhaltung ihre Wettbewerbsposition zu halten versuchen. Der Effekt der „Umschichtung“ auf die Beschäftigung im Inland wird dann geringer oder gar kompensiert. Das kann auch daraus resultieren, dass andere Länder in der EWU – in Reaktion auf das deutsche Maßnahmenpaket – die Mehrwertsteuer erhöhen und die Beitragsbelastung reduzieren.¹⁵

Die „Umschichtung“ der Staatseinnahmen hat Auswirkungen auf die Beschäftigungsstruktur. Diese sind deshalb zu erwarten, weil die Komponenten der Lohnsumme, die ein Unternehmen zahlt, unterschiedlich getroffen werden. Durch die Anhebung des Mehrwertsteuersatzes wird die gesamte Lohnsumme gleichmäßig (um 2 Prozentpunkte) mehr belastet. Durch die Senkung des Beitragssatzes werden aber nur die der Beitragspflicht unterliegenden Lohnteile entlastet, also nicht jene Teile, die oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze für die Arbeitslosenversicherungsbeiträge (2005: 5 200 Euro je Monat im Westen und 4 400 Euro je Monat im Osten) liegen, und auch nicht die Löhne aus (ausschließlich oder zusätzlich) geringfügiger Beschäftigung.^{16,17} Die unterschiedliche Behandlung einzelner Beschäftigungsverhältnisse

¹⁵ Die Möglichkeiten hierzu sind freilich in den Ländern nicht groß, in denen ein nur geringer Teil der Staatsausgaben aus Sozialversicherungsbeiträgen finanziert wird.

¹⁶ Die Änderung der Abgabenlast für Löhne aus Midi-Jobs (401 bis 800 Euro) lässt sich ohne Kenntnis spezifi-

bei der Festlegung der Sozialversicherungsbeiträge, die in den vergangenen Jahren verstärkt wurde, insbesondere die Diskriminierung voll sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, nähme infolge der „Umschichtung“ der Einnahmen des Staates ab. Weil die Struktur der Beschäftigten in den einzelnen Branchen unterschiedlich ist (Deutsche Bundesbank 2005: 15), wären die Branchen unterschiedlich betroffen. Beispielsweise würde das Gastgewerbe relativ belastet. In der Folge würden sich die relativen Preise ändern. Auswirkungen auf das Ausmaß der Schwarzarbeit wären in nur geringem Ausmaß zu erwarten. Die Grenzbelastung des Faktors Arbeit änderte sich im Durchschnitt praktisch nicht. Allerdings würden Mini-Jobs etwas weniger attraktiv.

Häufig wird argumentiert, eine Anhebung der Mehrwertsteuer treffe die Bezieher niedriger Einkommen stärker als andere Personengruppen, weil die Konsumquoten unterschiedlich seien. Wenn es im Falle einer „Umschichtung“ einen Effekt auf die Preise nicht gibt, dann entbehrt die skizzierte Argumentation einer Grundlage, unabhängig davon, ob sie bei einer isolierten Satzanhebung richtig ist oder nicht.¹⁸

Bund, Länder und Gemeinden wären von einer „Umschichtung“ auf verschiedene Weise betroffen. Entlastet würden sie – bei gegebenen Tariflöhnen – insoweit, als sie für Arbeiter, Angestellte und Auszubildende Arbeitslosenversicherungsbeiträge zahlten; der Arbeitgeberbeitrag wäre geringer. Wenn, was zu erwarten ist, die Löhne im öffentlichen Dienst (einschließlich der Beamtengehälter) auf die Bruttolohnsenkung im privaten Sektor reagieren, dann fällt die Entlastung im Ausmaß der Änderung des Arbeitnehmerbeitrags größer aus. Dem stehen Mehrausgaben des Staates infolge der Anhebung der Mehrwertsteuer nicht gegenüber, weil der Staat nicht mehrwertsteuerpflichtig ist und weil damit die gezahlten Löhne nicht besteuert werden. Mehrausgaben des Bundes, der Länder, der Gemeinden und der Sozialversicherung würden dann entstehen, wenn mehrwertsteuerbelastete Güter und Dienste, die sie einkaufen, teurer würden; dies ist aber grundsätzlich nicht zu erwarten. Insgesamt verbessert sich die Finanzlage des Staates infolge der „Umschichtung“ der Staatseinnahmen.

scher Annahmen für eine Neuregelung nicht bestimmen. Konsequenz wäre es, bei einer „Umschichtung“ den Beitragssatzanstieg für Löhne im Bereich 401 bis 800 Euro abzuschwächen. Dann würden die Löhne im Bereich der Midi-Jobs per saldo belastet.

¹⁷ Dies ist ein Grund dafür, dass die Operation „Umschichtung“ bei gegebenen Bemessungsgrundlagen per saldo Mehreinnahmen bringen kann.

¹⁸ Wäre sie zutreffend, so spräche dies nicht für eine – gegebenenfalls verstärkte – Differenzierung der Mehrwertsteuersätze. Vielmehr sollte jegliche Differenzierung unterbleiben. Gewünschte Umverteilungseffekte zugunsten der Haushalte mit geringen Einkommen lassen sich über das Steuer- und Transfersystem zielgenau erreichen.

Hinzu kommt ein Umverteilungseffekt innerhalb des Staatssektors. Die Mehrwertsteuer fließt zu unterschiedlichen Teilen an die Teilspektoren des Staates: 5,63 Prozent des Aufkommens werden der Rentenversicherung zugewiesen, vom Rest erhalten die Gemeinden 2,2 Prozent, vom neuen Rest stehen dem Bund 49,6 und den Ländern 50,4 Prozent zu. Insofern verteilen sich die Mehreinnahmen bei einer Anhebung des Regelsatzes unterschiedlich, wenn es bei der Aufteilungsregel bleibt. Die Bundesagentur für Arbeit erhält weniger Beitragseinnahmen. Wahrscheinlich wird der Bund die – isoliert betrachtet – entstehende Finanzlücke bei der Bundesagentur füllen. Der Bund wird also infolge der „Umschichtung“ per saldo weniger Einnahmen haben, während vor allem die Länder profitieren. Er wird deshalb versuchen, sich einen größeren Teil des Mehrwertsteueraufkommens zu sichern. Dies wird wohl nur teilweise gelingen.

Literatur

- Ahlert, G. (2004). Die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen von sportlichen Großveranstaltungen. In: *Neuere Anwendungsfelder der Input-Output-Analyse*. Sonderheft 3/2004. Institut für Wirtschaftsforschung, Halle.
- Arbeitsgemeinschaft (Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.) (2005). *Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2005*. Hamburg.
- Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (2005). Via Internet (29. Mai 2005) <<http://www.hsl.de/erwerbstaetigenrechnung/laenderdaten.htm>>.
- Benner, J., A. Boss, A. Kamps, C.-P. Meier, F. Oskamp, B. Sander und J. Scheide (2005a). Deutschland: Vorerst weiter schwache Konjunktur und kaum Aussicht auf höheres Wachstum. *Die Weltwirtschaft* (1): 36–63.
- Benner, J., K.-J. Gern und J. Scheide (2005b). Leicht anziehende Konjunktur in Euroland. *Die Weltwirtschaft* (3). In diesem Heft.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (2005). Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der steuerlichen Standortbedingungen. Via Internet (1. August 2005) <http://www.bundesfinanzministerium.de/cln_02/nn_4254/DE/Aktuelles/Aktuelle__Gesetze/Gesetzentwuerfe__Arbeitsfassungen/001.html>.
- Boss, A. (1998). Untersuchungen zur Bemessungsgrundlage und zum kassenmäßigen Aufkommen der Steuern vom Umsatz. Kieler Arbeitspapiere 844. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Boss, A., A. Kamps, C.-P. Meier, F. Oskamp und J. Scheide (2005). Konjunkturschwäche in Deutschland wird nur zögerlich überwunden. *Die Weltwirtschaft* (2): 151–167.
- Bundesagentur für Arbeit (2005). *Monatsbericht* (August). Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (lfd. Jgg.). *Amtliche Nachrichten*. Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (lfd. Jgg.). *Arbeitsmarkt in Zahlen – Geringfügig entlohnte Beschäftigung*. Nürnberg.

- Bundesagentur für Arbeit (lfd. Jgg.). *Arbeitsmarkt in Zahlen – Beschäftigung in Deutschland – Monatszahlen*. Nürnberg.
- Bündnis 90/Die Grünen (2005). Eines für Alle: Das grüne Wahlprogramm. Via Internet (11. August 2005). <http://www.gruene-portal.de/userspace/gruene.de/PDFs/Wahlprogramm_2005.pdf>.
- CDU/CSU (2005). Deutschlands Chancen nutzen. Wachstum. Arbeit. Sicherheit. Regierungsprogramm 2005–2009. Via Internet (11. August 2005) <<http://www.regierungsprogramm.cdu.de/download/regierungsprogramm-05-09-cducsu.pdf>>.
- Deutsche Bundesbank (2005). *Monatsbericht* 57 (7): 15–27.
- Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.). *Monatsbericht*. Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.). *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*. Frankfurt am Main.
- Die Linke.PDS (2005). Für eine neue soziale Idee. Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 2005. Via Internet (11. August 2005). <http://sozialisten.de/download/dokumente/wahlprogramme/entwurf_wahlprogramm2005.pdf>.
- EZB (Europäische Zentralbank) (lfd. Jgg.). *Monatsbericht*. Frankfurt am Main.
- FDP (2005). Arbeit hat Vorfahrt. Deutschlandprogramm 2005. Via Internet (11. August 2005) <<http://files.liberales.de/fdp-wahlprogramm.pdf>>.
- Hubbard, G. (1997). How Different Are Income and Consumption Taxes? *The American Economic Review* 87 (2): 138–142.
- IMF (International Monetary Fund) (lfd. Jgg.). *International Financial Statistics*. Washington, D.C.
- Leibfritz, W., B. Schaden, E. Langmantel, W. Meister, U. Scholten und M. Werding (2000). Evaluierung des Steuerreformvorschlags der CDU/CSU vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit fundamentalen Steuerreformen im Ausland. Gutachten im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen. ifo Studien zur Finanzpolitik 70. München.
- Sachverständigenrat (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (2004). *Erfolge im Ausland – Herausforderung im Inland*. Jahresgutachten 2004/05. Wiesbaden.
- Soltwedel, R. (1997). Dynamik der Märkte – Solidität des Sozialen. Leitlinien für eine Reform der Institutionen. Kieler Diskussionsbeiträge 297/298. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- SPD (2005). Vertrauen in Deutschland. Das Wahlmanifest der SPD. Via Internet (11. August 2005) <http://kampagne.spd.de/040705_Wahlmanifest.pdf>.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.2: Vierteljahresergebnisse der Inlandsproduktsberechnung. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen. Hauptbericht. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Wirtschaft und Statistik*. Stuttgart.